

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1924

204 (30.7.1924) 1. und 2. Blatt

Badischer Beobachter



Verlagspreis: monatlich durch Läger Nr. 230 bei der Abholstelle in Karlsruhe (Nr. 220), wöchentlich Einzelnummer 10 Pf. Sonntags 15 Pf. ...
Erscheinet einmal täglich aus Sonntags (als Morgenblatt).
Verlegerin und Herausgeberin: Alltagszeitung Baden (Widmung: Baden) ...

62. Jahrgang

Karlsruhe, Mittwoch, den 30. Juli 1924

1. Blatt Nr. 204

Die Londoner Konferenz.

Ein Telegramm Herriots.
(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 29. Juli. In der Kammer und im Senat wurde heute nachmittag ein Telegramm Herriots verlesen, das beide Körperkammern über die Lage in London orientieren sollte. Unter anderem sagte Herriot in dem Telegramm: „Die Verhandlungen hatten unter zahlreichen technischen Schwierigkeiten zu leiden und dürften noch mehrere Tage in Anspruch nehmen.“

Das Communiqué über die Vollziehung der Londoner Konferenz.

London, 29. Juli. Ueber die Vollziehung der Konferenz wird folgendes Communiqué ausgeben: Die Konferenz trat gestern nachmittag 4 Uhr im Foreign Office unter dem Vorsitz Ramsay MacDonalds zusammen. Es wurde beschlossen, ein Juristisches Komitee zu ernennen, welches die Punkte f bis h der französisch-englischen Note vom 19. Juli prüfen soll. Dieses Komitee wird aus Vertretern Belgiens, Frankreichs, Englands, Italiens und Japans zusammengesetzt sein; außerdem wird ihm ein Vertreter der Vereinigten Staaten beigegeben sein. Dieser wird aber nur beratende Stimme haben. Es wurde beschlossen, daß der französische, belgische und italienische Ministerpräsident, sowie die Führer der italienischen und der japanischen Abordnung, die Vertreter der deutschen Regierung einladen sollen, nach London zu kommen, sobald die Mitglieder untereinander ein Einverständnis getroffen haben werden. Ferner wurde beschlossen, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Reparationskommission nach London zu berufen, sobald diese teils der Konferenz mit, daß er bezüglich der Arbeiten der Ersten Kommission nichts bekannt zu geben habe. Diese werde ihre Arbeiten Mittwoch morgen fortsetzen. Thomas legte den Bericht der Zweiten Kommission bezüglich der Herstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Sobrietät des Reichs vor. Dieser Bericht wurde angenommen. Im Namen der Dritten Kommission erstattete Rinderschlag Bericht über die Arbeiten dieser Kommission und teilte mit, daß die Kommission ihre Arbeiten noch nicht beendet habe. Am Schluß der Sitzung verlas der rumänische Gesandte im Namen seiner Regierung eine Erklärung, worin mitgeteilt wird, daß die rumänische Regierung den Wunsch habe, in der Dritten Kommission vertreten zu sein. Er nahm zur Kenntnis, daß alle Fragen bezüglich Prioritäten, Verzugszinsen und Kriegsschulden noch nicht erledigt werden sollen.

Eine neue französische Kompromißformel.

Paris, 29. Juli. Die Londoner französischen Vertreter sind der Ansicht, daß die Einladung an Deutschland erst Ende dieser Woche erfolgen wird. Bis dahin dürfte namentlich auch über den von der französischen Delegation zur Zeit bearbeiteten Kompromißvorschlag eine Einigung innerhalb der ausschlaggebenden ersten Kommission zustandekommen. Der Vorschlag der französischen Delegation wird in der Sitzung, zu der die erste Kommission morgen vormittag zusammentritt, vorgebracht werden. Mit begrifflicher Spannung sieht man dieser Sitzung entgegen, da die französische Delegation zum ersten Male nach den Verhandlungen über die zahlreichen von der englisch-französischen Seite eingebrachten Kompromißformeln einen Abänderungsantrag zum Protokoll vom 19. Juli vorgebracht hat. Herriot hat gestern abend 6 Uhr mit seinen Mitarbeitern Clementel, Mollet, Veretti della Rocca, Bergery und Seydour die großen Linien des französischen Kompromißvorschlages aufgestellt. Ueber seine Verhandlungen liegen keine verbürgten Angaben vor. Zeit Pariser vermutet indessen, daß der französische Vorschlag von allen anderen, die der morgigen Konferenz unterbreitet werden, insofern überlegen wird, als er den Arbeiten der dritten Kommission die politischen Probleme der für Frankreich lebenswichtigen Fragen anknüpft und insbesondere bezüglich der Sachlieferungen und Lieferungen. Nach dem genannten Blatt ist es nicht ausgeschlossen, daß die französische Kompromißformel außerdem jedem Staat das Recht zugestehen würde, die Verfüzung gegen eine Entscheidung einzulegen, die seiner Auffassung nach mit seinen Interessen nicht in Einklang stehen würde.

Meinungsverschiedenheiten zwischen Belgien und Frankreich.

Paris, 29. Juli. Man stellt in einer Besprechung der Londoner Verhandlungen fest, daß Belgien in der Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes nicht den französischen Standpunkt vertritt. Theunis nehme auf die politische Lage seines Landes Rücksicht. Auf jeden Fall sei eine Fortsetzung der Besetzung abgesehen. Auch innerhalb der französischen Delegation machten sich verschiedene Richtungen bemerkbar.

Der deutsch-russische Zwischenfall beigelegt.

Unterzeichnung des Protokolls.
(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 29. Juli. Heute mittag ist im auswärtigen Amt von dem Reichsminister Dr. Stresemann und dem Geschäftsträger der Sowjetregierung Volkshausrat Bratmann-Brodowski ein Protokoll über die Beilegung des deutsch-russischen Zwischenfalles unterzeichnet worden, in dem es u. a. heißt:

1. Die beiden Regierungen sehen den Notenwechsel über den Zwischenfall als abgeschlossen an.
2. Die deutsche Regierung erklärt, daß das Vorgehen der Polizeibehörde in Berlin gegen die Handelsvertretung am 3. Mai eine eigenmächtige Aktion der deutschen Polizei darstellt. Sie gibt der Auffassung Ausdruck, daß die den Polizeibehörden am 3. Mai zugegangene Meldung über das Entweichen Bogzenharbts keineswegs als Grund für die von der Polizei angeordneten Aktion dienen könnte.
3. Aus diesem Grund und im Hinblick auf das freundschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und der Union mißbilligt die deutsche Regierung diese Aktion und bedauert, daß der Zwischenfall dadurch eine solche Ausdehnung erhalten hat. Sie bringt der Sowjetregierung zur Kenntnis, daß der Leiter der Aktion seiner bisherigen Dienstpflicht enthoben worden ist. Wegen der von deutschen Beamten gegen exterritoriale Beamte der sozialistischen Sowjetrepublik getroffenen Maßnahmen hat die deutsche Regierung bereits ihr Bedauern ausgesprochen.

Eine bedeutungsvolle amerikanische Erklärung.

Paris, 29. Juli. Die Londoner Vertreter der Pariser Presse machen immer noch ausführliche ergänzende Angaben über den Verlauf der Sitzung der ersten Kommission. Petit Pariser unterstreicht die hervorragende Rolle, die der amerikanische Beobachter gestern spielte. Er hat insbesondere nachstehende aufsehenerregende Erklärung abgegeben:

„Die Vereinigten Staaten betrachten den Sachverständigenplan als das einzige Mittel, aus dem offenen Schwierigkeiten, mit denen Europa zur Zeit kämpft, einen Ausweg zu finden. Aus diesem Grunde hat sich die amerikanische Regierung damit einverstanden erklärt, daß der Reparations-Generalarbeit ein amerikanischer Staatsangehöriger ist.“

Die Anleihebedingungen der Bankiers.

London, 29. Juli. Heute wird eine wichtige Sitzung der amerikanischen, britischen und alliierten Bankiers stattfinden, wahrscheinlich unter dem Vorsitz Lamonts von der Firma Morgan u. Co., um die für die Anleihe notwendigen Bedingungen zu erörtern. Wie verlautet, haben die Bankiers zwei Arten finanzieller Hauptfragen vorgelegt. 1. Allgemeine Garantien aller teilnehmenden Mächte. 2. Eine individuelle Garantie jeder Macht, die eine separate Aktion unternimmt. 3. Garantien der Bankiers der unter 2 erwähnten Mächte.

Ein neuer amerikanischer Vorschlag.

London, 29. Juli. Der amerikanische Beobachter, Oberst Logan hat in der Ersten Kommission einen Vorschlag unterbreitet, der sich auf die nachstehenden Punkte bezieht: Die deutsche Regierung und die Reparationskommission werden Vertreter ernennen, die sich mit den Bankiers in Verbindung setzen und zusammen die Bedingungen für die 800 Millionen-Anleihe bestimmen. Die französischen Sachverständigen haben sich grundsätzlich mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt. Von englischer Seite bekämpfte ihn aber der Sachkanzler Snowden. Die Erste Kommission ist gestern nachmittag drei Uhr zu einer neuen Sitzung zusammengetreten, um über den Vorschlag weiter zu verhandeln.

Ein französisch-belgischer Räumungsplan.

Paris, 29. Juli. Nach einer Meldung des Quotidien aus London, haben die französische und belgische Delegation ein Programm für die militärische Räumung des Ruhrgebietes ausgearbeitet. Dieser Plan wird der engl. Regierung unterbreitet und auch der deutschen Regierung zugestellt werden. Es sei wahrscheinlich, daß dieser Plan die Grundlage zu Verhandlungen mit den Vertretern in London bilden werde.

Die Rheinlandfrage im Vordergrund.

London, 29. Juli. Der Schwerpunkt des Ganzen liegt zur Zeit auf den privaten Besprechungen, die sich um nichts anderes drehen, als um die Rheinlandfrage. Der Anstoß zu der Behand-

lung dieser Frage geht von den Räumungsfristern aus. In dieser Beziehung verlautet, daß MacDonald Herriot mitgeteilt habe, daß die englische Regierung im kommenden Jahre die Kölner Zone räumen werde. Durch diese Erklärung wurde natürlich das ganze Problem aufgelöst, das unter der Bezeichnung Sicherheitsfrage bekannt ist. Ueber den Verlauf dieser Besprechungen ist vorläufig nichts Näheres bekannt, abgesehen, daß die alten Pläne einer Neutralisierung des Rheinlandes durch den Völkerbund im Vordergrund der Verhandlungen stehen.

Bayerns Vertreter in London.

München, 28. Juli. Der Staatsrat im Ministerium des Reichern Dr. Schmalzle wird, wie wir aus gut unterrichteter Quelle hören, im Auftrage der bayerischen Regierung sich zur Teilnahme an der Londoner Konferenz nach London begeben.

Der Friedenswille Herriots.

Paris, 29. Juli. Ministerpräsident Herriot hielt auf einem Bankett der französischen Handelskammer in London eine Ansprache, in der er Sabas zufolge u. a. sagte: Wir sind hier, um nach einem Kriege, den wir nicht gewollt haben, den Frieden wieder herzustellen. Frankreich wünscht, daß unter den Menschen ein Friedenszustand herrscht, der nicht allein dem Handel, sondern der ganzen Welt zugute kommen soll. Die französische Regierung, die den Friedenswillen in den Vordergrund gestellt hat, hat das Recht, daran zu erinnern, daß ein Frieden, der Frankreich nicht sein Recht gewährt, ein ungerechter Frieden ist. Man kann die Ordnung, die wir erhoffen, nicht auf eine Ungerechtigkeit aufbauen.

Zusammentritt der französischen Kammer.

Paris, 29. Juli. Die Kammer tritt heute zusammen und wird das Gesetz über den Achttundentag beraten. Man glaubt, daß die Debatte nicht von langer Dauer sein wird. Bis zur Rückkehr Herriots wird die Kammer das Budget von 1923 beraten, welches aufgrund eines Kammerbeschlusses auch auf das Jahr 1924 anwendbar sein wird, mit den vom Finanzminister beantragten Änderungen. Der erste Änderungsantrag, welcher eine neue Forderung von 315 Millionen Franken aufstellt, wird von der Kammer sofort beraten werden. Der zweite Teil des Zusatzbudgets, welcher eine Ausgabe von nochmals 900 Millionen vorsieht, wird wahrscheinlich erst nach den Sommerferien beraten werden. Der Kommunist Cahin hat im Büro der Kammer einen Interpellationsantrag eingebracht, welcher sich gegen die Verögerung des Amnestiegesetzes richtet. Der Senat tritt ebenfalls heute zusammen und wird über das Amnestiegesetz beraten.

Sitzung der Reparationskommission.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 29. Juli. Die Reparationskommission hielt heute nachmittag eine kurze Sitzung ab. Wie amtlich berichtet wird, ist jedoch hierbei von der Reise nach London nicht die Rede gewesen. Die Kommission habe sich lediglich mit laufenden Angelegenheiten befaßt. In gutunterrichteten Kreisen verlautet, die Reparationskommission wird das Datum ihrer Londoner Reise erst dann festsetzen, wenn das Datum der Vertagung Deutschlands nach London bestimmt ist.

Zu den Micumverhandlungen.

Berlin, 29. Juli. An zuständiger Stelle wird bestätigt, daß morgen die Vertreter der Sachverständigenkommission nach Berlin kommen werden, um sich mit der Regierung in der Angelegenheit der Micumverträge zu besprechen.

Der deutsche Standpunkt zum Garantiepakt.

Genf, 29. Juli. Die deutsche Regierung hat dem Völkerbundssekretariat eine Denkschrift überreichen lassen, in der der deutsche Standpunkt zu dem von der letzten Völkerbundsversammlung ausgearbeiteten Garantiepakt dargelegt wird. Die Verfasser sind namhafte deutsche Juristen. In dieser Stellungnahme war die deutsche Regierung, sowie alle anderen Regierungen aufgefordert worden.

4 Millionen Pfund Kredit für die deutsche Zuckerindustrie.

London, 29. Juli. Eine vom Equitable Trust geführte Bankgruppe hat heute einen sechs Monate laufenden 4 Millionen-Pfund-Kredit für die deutsche Zuckerindustrie abgeschlossen. Der Zinssatz von 7-7 1/2 Prozent ist durch die Zuckervereinigung sichergestellt. Die Schecks werden auf deutsche Passivkonten gezogen, dann von der deutschen Golddisfontbank inoffiziell und nach New York zur Verbriefung gefandt. Die Rechnungsgrundlage ist dabei ein Preis von 2 Cents pro Kilogramm Zucker. Auf diese Weise wird der Export von 200 000 Tonnen Zucker finanziert.

Deutscher Reichstag.

Bemühungen des Aufwertungsaußschusses. Berlin, 29. Juli. Im Aufwertungsaußschuß des Reichstages wurde im weiteren Verlauf als Vertreter des Bundes deutscher Mietervereine Rechtsanwalt Groß (Dresden) vernommen. Groß erklärte, jede Aufwertung bedeute für die Wirtschaft eine neue Zinsenlast, die eine neue Inflation hervorzurufen müßte. Als Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes betonte Gewerkschaftssekretär Herzfel, die Gewerkschaften kämen aus praktischen Gründen zu einer Ablehnung der Aufwertung; wenn aber aufgewertet werde, so müßten vor allem die kleinen Sparrer berücksichtigt werden. Randolf Heine aus Oshersleben vom Hypothekengläubiger u. Sparrersparverband machte den Vorschlag, den Aufwertungsbeitrag bei Vermögen und Sparanleihen auf 50 Prozent zu bemessen. Für Schuldforderungen bis 5000 Mk. sollen die Vermögen bis 1. Januar 1925 gesperrt werden, für die übrigen bis 1. Januar 1927. Die Verzinsung soll in diesem Jahre 2 Proz., im nächsten Jahre 3 Proz. betragen. Von 1926 ab sollen vertragmäßige Zinsen bezahlt werden. Für öffentliche Anleihen soll der Aufwertungsbeitrag 30 Proz. des Goldwertes betragen. Sie sollen vom 1. Oktober 1924 mit 1 Proz. verzinst werden. Oberlandesgerichtspräsident West gab dann noch einige Erklärungen zu dem von ihm verfassten Gesetzentwurf, der von den Gläubigerschutzverbänden vertreten wird. Dieser Entwurf will den Umwertungssatz nicht einheitlich festlegen, sondern nach den wirtschaftlichen Verhältnissen des Schuldners begründen. Nach weiteren Sachverständigen-Vernehmungen vertagte sich der Ausschuß. Die nächste Sitzung soll vor dem Zusammentritt des Plenums des Reichstages in 14 Tagen stattfinden. Es sollen dann die Vorschläge der Fraktionen beraten werden, wobei die Mitäußerungen der Regierung und das Gutachten der Sachverständigen berücksichtigt werden sollen.

Grubenunglück.

Dortmund, 29. Juli. (Schweres Schenunglück.) Das preussische Oberbergamt teilt mit: Auf Seite IV der Gewerkschaft Friedrich Thyssen in Camborn ist am 28. Juli, nachmittags 2 Uhr, zu Beginn der regelmäßigen Einfahrt das Förderseil der Nebenförderung von der fünften nach der sechsten Seile gerissen. Beide Körbe, von denen nur einer besetzt war, sind abgestürzt. Hierbei sind sechs Mann tödlich verunglückt.

igen Jahren verließ
Luftigen Sitz erwidert
in dem Festtag immer
nicht mehr zurückgehe,
tag haben mehrere
etwädigen Kampf ge-
so friedlichen Tiere
mit dem Tode büße,
ung bis auf den Tod.
Juli.
schen des hier woh-
a einem Nachschuß
wupflos liegen. Auf
ind bald darauf in-
rung.
g mittag hat sich im
te mit einer Schuß-
te Nervenerkrankung,
Familienfragen ver-
ustand herbeigeführt,
rungen von Ver-
fennbar. Es ist an-
Mann unter einem
erde er verfolgt, den
Juli.
senbahnbeamter ge-
n Dienst zu tun, an-
auf einen Güterzug
t mit dem Kopf und
die nachfolgenden
ante frug ziemlich
Auch soll er eine
getragen haben. Er
die chirurgische Klinik
Juli.
inwetter schlug der
ein, aus der nichts
Wagen feu und die
Opfer.
Erste ist nur teil-
n wären schon in de-
en Woche die Arbeit
die ständigen Ge-
de Getreide in immer
ommt, wird nicht nur
n, sondern auch die
keinen, in die Nähe
geht von den Bieren
e Spuren zunehmend
Sonnenschein wären
ist seit 14 Tagen die
werden die verstaub-
acht. Für das Fund
mmerautunnel
nells waren in ver-
seins zu beobachten,
fährten schienen. Die
kein veranschlagten
iten sind bis heute
erläufig auch nicht zu
ich herausgestellt hat,
Wage brüchig und ab-
haben auf ein grü-
üssen und erhebliche
gimmere abgebrochen
de über dem Tunnel
oft gezogen wurden.
utdrückung des Reg-
eine Gefähr behelze,
richteten.
Die katholische Pfarr-
n Belendungen und
teilerjubelium ihres
rs Dr. Nieder, am
n zu können. Doch
beschlossen. Als der
eter wollte, um mit
n Tag vorzubereiten,
Zeit schwer erkrankt
er sich nicht mehr am
er sich auf den Tisch
der Franziskaner-
Freiburg die Fest-
n sich dann der Stif-
ates und verschiede-
im Jubilär die Glüd-
er sowie die Teil-
ter auszudeuten, die
l konnte, sie war am
aufgehabt. Tags
ülle der Verordneten
Geistlichen aus der
Grabe geleitet. Eine
n Arbeit, Gebet und
tliche Erde gebietet.
Anforderungen vom
wege zur Durch-
h. Kirchenmusik auf-
gestellt. Die hoch-
dieser Angelegenheit
den Ausleiter Dr.
servatoriums, um
ren Ausständen be-
Deutsche Verkehrs-
ausgeschrieben; er
beschränkt auf die
e, Fritz Engelhardt,
narenberger, Karls-
Lucian Jabel, Berlin
L. 3. Preis 250 Mk.
nfluter für seine Ein-
Die Aufschrift des
chesausstellung Mün-
preisgröße: 90 Zmr.
95 Zmr. beide sind
gehören an: Die
wig Gohsheim, Prof.
Stadtbaurat Wäpfer,
nienrat Aug. Baum-
auschluß, Oberbauat
auschluß, Dr. Berg,
Geschäftsführer der
stisten 1926. Die Ent-
einzellichere an die
ünden.
nift und Komposit
er Frankfurt Ein-
ng gestiegen.

igen Jahren verließ
Luftigen Sitz erwidert
in dem Festtag immer
nicht mehr zurückgehe,
tag haben mehrere
etwädigen Kampf ge-
so friedlichen Tiere
mit dem Tode büße,
ung bis auf den Tod.
Juli.
schen des hier woh-
a einem Nachschuß
wupflos liegen. Auf
ind bald darauf in-
rung.
g mittag hat sich im
te mit einer Schuß-
te Nervenerkrankung,
Familienfragen ver-
ustand herbeigeführt,
rungen von Ver-
fennbar. Es ist an-
Mann unter einem
erde er verfolgt, den
Juli.
senbahnbeamter ge-
n Dienst zu tun, an-
auf einen Güterzug
t mit dem Kopf und
die nachfolgenden
ante frug ziemlich
Auch soll er eine
getragen haben. Er
die chirurgische Klinik
Juli.
inwetter schlug der
ein, aus der nichts
Wagen feu und die
Opfer.
Erste ist nur teil-
n wären schon in de-
en Woche die Arbeit
die ständigen Ge-
de Getreide in immer
ommt, wird nicht nur
n, sondern auch die
keinen, in die Nähe
geht von den Bieren
e Spuren zunehmend
Sonnenschein wären
ist seit 14 Tagen die
werden die verstaub-
acht. Für das Fund
mmerautunnel
nells waren in ver-
seins zu beobachten,
fährten schienen. Die
kein veranschlagten
iten sind bis heute
erläufig auch nicht zu
ich herausgestellt hat,
Wage brüchig und ab-
haben auf ein grü-
üssen und erhebliche
gimmere abgebrochen
de über dem Tunnel
oft gezogen wurden.
utdrückung des Reg-
eine Gefähr behelze,
richteten.
Die katholische Pfarr-
n Belendungen und
teilerjubelium ihres
rs Dr. Nieder, am
n zu können. Doch
beschlossen. Als der
eter wollte, um mit
n Tag vorzubereiten,
Zeit schwer erkrankt
er sich nicht mehr am
er sich auf den Tisch
der Franziskaner-
Freiburg die Fest-
n sich dann der Stif-
ates und verschiede-
im Jubilär die Glüd-
er sowie die Teil-
ter auszudeuten, die
l konnte, sie war am
aufgehabt. Tags
ülle der Verordneten
Geistlichen aus der
Grabe geleitet. Eine
n Arbeit, Gebet und
tliche Erde gebietet.
Anforderungen vom
wege zur Durch-
h. Kirchenmusik auf-
gestellt. Die hoch-
dieser Angelegenheit
den Ausleiter Dr.
servatoriums, um
ren Ausständen be-
Deutsche Verkehrs-
ausgeschrieben; er
beschränkt auf die
e, Fritz Engelhardt,
narenberger, Karls-
Lucian Jabel, Berlin
L. 3. Preis 250 Mk.
nfluter für seine Ein-
Die Aufschrift des
chesausstellung Mün-
preisgröße: 90 Zmr.
95 Zmr. beide sind
gehören an: Die
wig Gohsheim, Prof.
Stadtbaurat Wäpfer,
nienrat Aug. Baum-
auschluß, Oberbauat
auschluß, Dr. Berg,
Geschäftsführer der
stisten 1926. Die Ent-
einzellichere an die
ünden.
nift und Komposit
er Frankfurt Ein-
ng gestiegen.

Baden.

So sind sie!

Wir haben die Landtagsrede des Abg. Dr. Schofer im Wortlaut gebracht. Unsere Leser konnten sich selbst ein Urteil über ihren Wert bilden. Der Landwirt Nr. 30, das Landbündelorgan, bringt nun eine Würdigung dieser Rede. Darin wird von ihr gesagt: „Eigenlob hat viel Zucker dran und die heilige Unschuld markierende Heuchelei.“ „So spricht der große Schofer mit Pathos“, so fragt der Parteigeistliche mit seiner Naivität, als ob er erst gestern Mittag vom Mond in Karlsruhe angekommen wäre.“ Ein laises Ahnen ging doch wohl durch die Seele dieses hochbegabten Staatsmannes im geistlichen Gewande.“ Diese Proben genügen. So behält der Landbund die Landwirte. Im Landtag aber steht der Abg. Klaiber hin und hält dem Zentrum und seinem Führer dann eine Moralpredigt über die Bergpredigt. Ja, ja, es gibt in der Tat „eine die hl. Unschuld markierende Heuchelei“. Wider den Wächter pflegte angeführte Erfahrungen zu sagen: Wenn böse Buben dich umringen, denk an deinen Landsmann Götz von Berlichingen. Wenn mit solch einer Politik den Bauern gebohlen werden soll, dann o weh, Landwirtschaft. Der Toberegeist lobt weiter und verwirft das Landvolk.

Die Bonndorfer Landbündelzeitung

hat neuerdings den förmlichen Konfessionskrieg mit dem Ruf gegen Rom und die katholische Kirche eröffnet. Eine willkommene Hilfe findet sie in dem altkatholischen Stadtpfarrer Wadberg in Stühlingen, der, früher katholischer Priester und Franziskaner aus dem Norden stammend, aufsteigend nun in der Bonndorfer Gegend die ersten Vorbeeren im Kampf gegen Rom holen will. Das Bonndorfer Volksblatt hatte ihm bedeutet, daß die Zeit zu ernst sei, um konfessionelle Kämpfe zu entfachen und sich mit einem Gegner abzugeben, der früher einmal sein Glied und Frieden in der römisch-katholischen Kirche gefunden habe, nun aber uns Katholiken mit „Spitzbüben“ verleiht und von „Nachzügler“, dem „idiotischen Reichtum und Pomp“, in einer grenzenlosen Selbstverherrlichung lebender römischer Kirche spricht. Demgegenüber fährt nun der altkatholische Stadtpfarrer mit dem größten Geschick gegen die Bonndorfer Zentrumspresse auf in unmaßgeblichen Beleidigungen, um schließlich zum eifrigsten Anwalt der Landbündelzeitung zu werden, die „sehr richtig“ unterscheidet

zwischen religiösem und politischem Katholizismus“ und niemals „eine Feindin der katholischen Kirche und der katholischen Geistlichen“ gewesen sei. (Man denke nur an die Dumasreden in Bonndorf, der Reichstagsrede und den Bist-Roman und das Eingreifen der Kirchenbehörde gegen die „niedrige Kulturkampfstimmung“ der Schwarzwälder Zeitung).

Die Bonndorfer Landbündelzeitung darf auf dieses Eintreten eines früheren katholischen Priesters für sie stolz sein. Wir beneiden sie nicht um diese Hilfe. Wir glauben vielmehr, daß dieser gemeinsame Kampf gegen Rom am besten die Landbündelmitglieder darüber aufklärt, wozu zielbewußt die Reihe der Bonndorfer Landbündelzeitung arbeitet.

Sie hat auch bereits angekündigt, daß ihr noch eine Referate im Kampfe bleibt, der Kampf gegen die „große Kirchensteuerforderung“. Wir stehen auf dem Standpunkt, schreibt der protestantische Schriftleiter in diesem Zusammenhang, daß wir unsere Religion nicht mit dem Mundwerk und Lamenten, sondern durch die Tat beweisen, also nicht durch Gehe und Beschimpfungen, sondern durch Duldung, Rücksicht und Verständnis für die Bedürfnisse und Verhältnisse des Nächsten“ (Nr. 174). Jedermann sieht daraus, was sie von der katholischen Kirche und den kirchentreuen Katholiken für eine Meinung hat.

Im übrigen fährt sie den Kampf gegen ihre Gegner in einer Weise, die jedes Wahrheitsgefühl und jedes politischen Anstandes bar ist in schmutzigen Bauernverleumdungen, die man sich denken kann. Die Landwirte werden die Früchte davon ernten — sie werden aber für sie keine erfreulichen sein.

Zunehmend kommt auch bisweilen wieder die Zeit, wo das Bonndorfer Volksblatt glänzend gerechtfertigt dasteht. Die Leser des Beobachters erinnern sich vielleicht noch, wie sie die Räter Vorkommnisse, offener Aufruhr und Gewalt, beschönigte und als „friedliche Demonstration“, als harmlos hinstellte, was der Abg. Klaiber, der die Vorkommnisse „persönlich miterlebt“ habe, bezeuge. In schmutziger Weise hat sie damals die Bauernbewegung gegen die Zentrumspresse und das Zentrum aufgehetzt. Nun ist durch die Gerichtsverhandlung die Zentrumspresse glänzend gerechtfertigt worden. Die Schw. Ztg. hat sich damals auf das Urteil des Volkes berufen, das selbst entscheiden möge, wo „Heuchelei und Unwahrheit“ und wo die Wahrheit liegt. Dieses Urteil ist jetzt gefällt. Es kann nur lauten: Wir sind durch die Landbündelzeitung schmächtig belogen und betrogen worden.

Fortsetzung der Landwirtschaftsdebatte im Landtag.

Abrechnung mit dem Landbund. — Kommunisten und Sozialdemokraten.

Karlsruhe, 29. Juli 1924.

Die Generaldebatte über den Vorschlag des Ministeriums des Innern führte in der heutigen Sitzung zu lebhaften Auseinandersetzungen, bisweilen zu direkt dramatischen Szenen. Die Kommunisten wissen auch heute wieder nichts anderes zu sagen als wüßte zu schimpfen über die Regierung, die Polizei und die arbeiterfeindliche Sozialdemokratie. Darüber zu berichten ist das Papier nicht wert. Wenn man Zeuge dieser wüßten Auseinandersetzungen ist, wie sie in einer Kneipe nachts um 12 Uhr kaum über vorkommen können, kann man nur sagen: Keine Arbeiterkraft! Wenn das die Vertretung deiner politischen und wirtschaftlichen Interessen ist, dann bist du verloren, zumal in einer Zeit wie heute. Die Sprecher der Sozialdemokratie sehen sich vielfach mit den Kommunisten aneinander, der Abg. Maier möchte die Kommunisten in eine Kalkwasserbrennerei schicken. Zu dem Kampf zwischen Zentrum und Landbund, meint er, wolle er sich nicht einmischen; der sozialdemokratische Abgeordnete Arnold meint in einem Zwischenruf, „der Landbund ist die Laus im Pelz des Zentrums“.

Einen breiten Raum der Erörterungen nimmt die Schutzrolle ein. Von Zentrumsgesandten, die der Landwirtschaft angehören, wie Engelhard, Hegelmeyer-Rangenbrüden, Weißhaupt und Martin wird nachdrücklich für den Zollschutz eingetreten, der seine Vorteile für die gesamte deutsche Wirtschaft herausschleift, während die Sozialdemokratie sich dagegen wendet. Das veranlaßt sogar den Landbun-

abgeordnete Hertle anerkennend zu bemerken, er freue sich über die landwirtschaftlich-freundliche Haltung der Zentrumspartei bei dieser Debatte. Als Hertle von den ostelbischen Junkern redet, wird ihm vorgehalten, daß der von badischen Landbunden in den Reichstag geschickte Abgeordnete Jülicher nun glücklicherweise bei den ostelbischen Junkern in der deutsch-nationalen Fraktion gelandet sei. Der Abgeordnete Hertle glaubt jedoch, das Zentrum wieder begeistern zu sollen. Seine Behauptung, „der Landbund halte sich immer an die Wahrheit“, löst im Hause allgemeine Heiterkeit aus. Hertle mußte selbst lachen.

Der Landbund, wie heute wieder Hertle, insbesondere aber der Abg. Klaiber, hat in der letzten Zeit im Landtag das Zentrum wiederholt auf das Schwerkreuz angegriffen. Das Zentrum hat geschwiegen, um die Förderung der sachlichen Beratungen im Landtag nicht zu föhren. Nachdem aber der Abgeordnete Klaiber diese seine Reden im Wortlaut in der Schwarzwälder Zeitung publiziert hat und er in Tauberbischofsheim sich rühmte, wie er allmählich sich in die Parlamentarier eingelebt habe, sodaß er sogar dem Zentrumsgesandten Dr. Schmitt im Landtag Reden für ihn vorlesen konnte, durfte das Zentrum nicht mehr schweigen. So hat denn heute der Abg. Wittmann Generalabrechnung mit dem Landbund gehalten. Es war geradezu verblüffend, was der Abg. Wittmann alles genau belegend, dem Landbund vorhielt an gewöhnlicher Kampfesweise, die wahrlich mit dem Geist der Bergpredigt nichts zu tun hat, von dem Klaiber gespro-

chen hatte. Der Abg. Klaiber stellte sich während der Rede in fürchterlicher Erregung unmittelbar vor den Abg. Wittmann auf. Man sah ihm an, wie er mit sich ringend, die Ausregung niederzuhalten suchte. Wie begoffene Rindler sah die Landbündler da. Der Abg. Klaiber holte schließlich ein dickes Altkorbhütchen herbei, um nun eine große Rede loszulassen gegen das Zentrum. So mußte man wenigstens erwarten. Man mußte glauben, Herr Klaiber wolle den Taler verdienen, den Herr Wittmann angeboten hatte, wenn Klaiber ihm aus der Zentrumspresse ähnliche Stellen vorgelesen könne. Doch o weh! Die Rede des Herrn Klaiber fiel jämmerlich aus, einige wenige Sätze, nicht ein einziges Wort, das die Altkorbhütchen blieb geschlossen, trotz der Aufforderung des Zentrums, doch damit herauszurufen. Herr Klaiber hat es nicht getan. Warum? Weil er Belege für seine Behauptungen nicht erbringen kann. Auf einem solchen Niveau trifft man aber die Zentrumspresse nicht an. Herr Klaiber in der Rolle des großen Sittenpredigers ist diesmal gründlich unter die Räder gekommen.

Nach Bekanntgabe neuer Eingänge durch den Präsidenten erhält vor Eintritt in die Tagesordnung der Abg. Bod (Komm.) das Wort, um zu erklären, daß kein Mitglied seiner Fraktion den vom Abg. Heusch genigten Bericht in der Mannheimer Arbeiterzeitung geschrieben habe, und er rügte weiter eine Stelle in einem Artikel des Bad. Beobachters.

Abg. Dr. Schofer: Es liege hier offenbar ein Druckfehler vor.

Der Antrag des Haushaltsausschusses, betr. Erhebung über die Kosten der Lehrerausbildung, wenn die betr. Anträge dazu aus dem Hause angenommen werden, wird gegen zwei Stimmen angenommen.

Der Präsident mahnt die Redner dringend zur Einschränkung, wenn das Haus diese Woche noch mit dem Etat fertig werden soll.

In der Fortsetzung der Beratung des Staatshaushalts der Landwirtschaftsfrage spricht zunächst Abg. Engelhardt (Ztr.). Die Landwirtschaft trankt an den Folgen der Inflation und der Kreditnot. Die gewöhnlichen Steuern haben ihr fast zum Geld zu beschaffen. Nur notwendigen Produktionssteigerung geht wiederum Geld, und im Frühjahr hat leider in diesem Punkt aus Geldmangel vieles versäumt werden müssen. Redner kommt auf den Weinbau zu sprechen, der in Baden eine große Erntequelle der Landwirtschaft sein sollte, aber von vielen Gefahren bedroht ist. Infolge des Handelsvertrages mit Spanien. Aus dem Obstbau ist bei unserem guten Obst leichter eine Einnahme zu erzielen; folgen wir, daß wir auf diesem Gebiet wenigstens eine einigermaßen gute Einnahmequelle behalten. Für die Landwirtschaft gilt auch: Bist du selbst, dann bist du Gott! Aber Verständnis für ihre Aufgabe muß sie verlangen. (Beifall.)

Abg. Hertle (Abg.) behauptet den Abbau der Bezirksämter. Es hat hier offenbar der Regierung an Verständnis für die Tragweite dieser Frage für die beteiligte Bevölkerung gefehlt. Baden ist dabei radikal vorgegangen als andere Länder; Württemberg z. B. hat sein Bezirksamt abgebaut. Redner behauptet in weiteren Ausführungen, u. a., die sich gegen die Presseaktion im Ministerium wenden, unter großer Heiterkeit im Zentrum, daß gegenüber der Zentrumspresse die Landbündelzeitung immer die Wahrheit sage! Diese Presseaktion müsse aufgehoben bzw. eingeschränkt werden; hier könne man sparen. Ebenso wendet er sich gegen die Haltung der Karlsruher Zeitung, des Regierungsorgans. Zur Lage der Landwirtschaft übergehend, freut sich Redner, daß im Zentrum die Neben seiner Landwirtschaftsvertreter allgemeine Weisheit in der Fraktion gefunden haben und verliert und begründet einen Antrag des Landbundes zur Zollfrage, die badische Regierung möge ihre Vertretung in Berlin anweisen, für einen ausreichenden landwirtschaftlichen Zollschutz einzutreten. Der Zollschutz ist nicht nur für die preussischen Junker (Abg. Dr. Schofer: Wo ist Euer Junker!), auch für die süd-deutschen Kleinbauern notwendig. (Zwischenrufe. Der Präsident erwidert den Redner, nicht auf jeden Zwischenruf zu antworten.) Die Kaufkraft der Landwirtschaft kommt in erheblichem Maße auch der Industrie und ihren Arbeitern zugute. Wenn die Landwirtschaft nicht geschützt wird, so wird sich das Heer der Arbeitslosen vermehren. (Beifall redt.)

Abg. Wittmann (Ztr.): Mit dem Ausbau der Selbstverwaltung soll fortgeföhren werden. Gegenüber den Westpreußen in Baden, zur Beratung der Regierung eine Art Wirtschaftsausschuss, der Selbstverwaltungskörper und dem Statistat zusammengeführt eingeföhrt, hält Redner den § 30 der Bad. Verfassung für ausbrechend. Ein eigenes Organ würde schließlich wieder zur Ständevertretung führen. Aber man soll diese Korporationen rechtzeitig zur Information heranziehen. Der Ausschuss des Spergesetzes stimmt Redner, im Interesse der Möglichkeit eines gerechten so-

zialen Ausbaues der Gehälter zu; für die Gemeinden sollten Richtlinien gegeben werden. Der Aufnahme von Gemeinde-Dezernenten im Auslande steht Redner vorläufig, aber nicht ablehnend gegenüber. Preußen kann uns im Ausbau der Selbstverwaltung nicht vorbildlich sein. Wenn die bad. Finanzen wieder erträglich werden, sollen die abgebauten Bezirksämter wieder aufleben. Leute, die als Parteiangehörige in ein Amt kommen, sollen, wenn sie der Partei den Rücken kehren, nicht mehr in dem Amt bleiben. Der bad. Verwaltungsausschuss ist in seinen Zuständigkeiten erweitert worden, und ein Abbau ist nicht möglich. Redner bittet die Junagemeinde der Pflanzschulen im Lande; das Ministerium des Innern sollte da bremsen. Auch der menschliche Fleischmarkt macht sich in manchen Blättern bemerkbar; die Regierung soll da nach dem Nechten sehen. Der Antrag zum badischen Verkehrsverband (1500 M.) ist zu niedrig eingelegt; das Verkehrsverhandeln und die Beratung der Fremdenverkehrsvereine kommt der ganzen Volkswirtschaft zugute. Der Anerkennung für Schwedens Gastfreundschaft gegenüber dem badischen Landbunden schlägt Redner für die Zentrumspresse ein. Für radikale Feldbereinigung und Zusammenlegung der Grundstücke, wie sie Abg. Engelhardt empfahl, ist in Baden nicht durchführbar; aber etwas sollte da immerhin geschehen. Den Ausführungen des Abg. Schön über die Landwirtschaftsfrage stimmen Redner nicht zustimmen; Theorie und Praxis sind auch in der Landwirtschaftsfrage merksamer verschoben. Weiter wendet er sich gegen seine Person betr. Ausführungen des Bonndorfer Landbündelorgans. Gegen den Landbau erklärt Redner, daß er für alles eintritt, was in diesem Hause für die Landwirtschaft gesprochen worden ist. Die Rolle des Abg. Klaiber als Sittenprediger über das Zentrum weiß Redner mit Humor einschleichen zu können, unter beifälliger Heiterkeit im Zentrum und über die Heiterkeit an der aufreißenden und verbelebenden Agitation des Landbundes und seiner Presse, gegen Zentrum, Städte, Beamte und „Studierte“, alles, nur nicht eine Politik der Verhöhnung sei Redner verleiht drastische Sätze aus dem Bonndorfer Landbündelblatt, das jeden Ausgleich zwischen den Ständen direkt als unmöglich ablehnt. Der Ton dieses Wortes ist unerhört. Wer nicht nach der Weise des Landbundes tanzt, wird als „Verleider des Bauernstandes“ moralisch mißhandelt. Der Landbund ist in Wirklichkeit eine politische Partei, wenn er es auch nach außen verschleiert. Der von der Landbündelzeitung gerühmte Abg. Dr. Heim hat gelegentlich über den Landbund vernichtend geurteilt. Gegen die Sozialdemokratie ist die Landbündelzeitung feindseliger als gegen das Zentrum. An den Strafen der Ruffahrer Bauern sind in erster Linie die Hecker schuld. Religiöse Fragen werden im Bonndorfer Landbündelorgan als untergeordnet behandelt und die Tätigkeit der Geistlichen sogar in der Kirche und im Weidwust auf ein Minimum beschränkt; ebenso deren caritative und Schulstätigkeit. Auch der Erzbischof wird nicht verschont. Ist das Heiligung der religiösen Interessen? Gegen die Minister, besonders den Finanzminister, wird in der Landbündelzeitung unverantwortlich geübt und die Staatsautorität untergraben. Sogar am Widerstand der Bauern mit Gewalt wird appelliert! Auch die Hege gegen die Beamten zeigt, daß der Landbund nicht für Ruhe und Ordnung im Staate eintritt. Von den Abgeordneten wird eine gebundene Marschroute für ihre parlamentarische Tätigkeit verlangt. Wenn der Landbund sich zur Politik der Verhöhnung befehlt, und die Hege seiner Presse aufhört, dann werden solche Auseinandersetzungen unnötig werden. Damit schloß Redner unter Beifall seine gründliche Abrechnung mit der politischen Hege im Landbund.

Abg. Maier (Soz.): Im Abbau der Verwaltung wird noch mehr geschehen müssen, aber jetzt sollte man die Frage insoweit rufen und die Verhältnisse sich weiter entwickeln lassen. Eine den Verhältnissen entsprechenden Reduzierung tragende, vernünftige Vereinfachung der Staatsverwaltung hilft Redners Fraktion. An den Minister richtet Redner die Frage, ob die Verneinung der Gendarmerie um 300 Mann wieder rückgängig gemacht werde. Redner verleiht die Pressefreiheit im Ministerium. Die Karlsruher Zeitung ist ein Organ, dem die amtlichen Bestimmungen zugewiesen werden, nicht das Regierungsorgan. Redner tritt für alle Bestimmungen im Interesse der Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden ein und wendet sich gegen den „Privatisierungssinn“ (bei städtischen Betrieben), erwidert auch den Hebelberger Würgerausdrucksfunktion; dieser zeige übrigens, daß auch in den Rathäusern die Orientierung nach politischen Grundfragen nachgelassen hat zugunsten von wirtschaftlichen Standesinteressen; Konfessionspolitik muß auch in den Rathäusern getrieben werden. Die Vorgänge in Nuß stellen sich nach der Gerichtsverhandlung — doch etwas anders dar, als sie Abg. Klaiber (Abg.) früher geschildert hat. Die Regierung muß nach allen Seiten den Schutz der staatlichen Ordnung wahren. Die kommunistische Kränkelungen können meist von Amosifikationen aus Moskau (Zwischenruf der Kommunisten) Das heißt man schindulber treiben mit den Protestanten; für die Arbeiterkraft kommt dabei gar nicht heraus als Geld und Not. Redner befristet dieselbe Verhältnisse bei der Polizei (Schupo) und stellt

Pfarrer Traber 4.

Am 18. Juli hat im Krankenhaus zu Offenburg ein Priesterleben sein Ziel gefunden, das eine kurze Würdigung wohl verdient. Herr Pfarrer Traber von Nubach im Nuchthal, der starke, große Mann, etlag nach nur dreiwöchigem Krankenlager einem plötzlichen Kreislauf. Wohl sah man seit Monaten schon die scheinbar ungerührbare Kraft des so arbeitsfrohen Seelsorgers zurückgehen, — er selbst hatte seit längerer Zeit Anzeichen des nahenden Todes —, aber das eigentliche Leiden konnte man nicht. Gottgegeben und wohl vorbereitet ist der treue Diener Gottes gestorben. Montag, den 21. Juli fand die Totenfeier in Nubach statt. Zahlreich war die Beteiligung aus der Pfarrei Nubach selbst, sowie dem nahen Lauf. Das glänzende Reichenbegängnis, so ganz entgegen dem bescheidenen Wesen des Pfarrers Traber, ehte sowohl diesen selbst wie die Pfarzgemeinde Nubach. Gegen 50 Geistliche hatten sich eingefunden, dem lieben Konfessort das letzte Geleite zu geben. Herr Geistl. Rat Lipp-Offenburg nahm die Begräbnisfeierlichkeiten vor. Nach Verleiden des Totenoffiziums widmete er Herrn Pfarrer Traber einen markigen Nachruf und brachte dann das lebendige Seelenopfer für den Verstorbenen dar. Frommer Gesang und erhebende Musik der vereinigten Musikkapellen Nubach-Zusenhofen umrahmten die würdige Trauerfeier. In zahlreichen Nachrufen fand das preiswürdige Wesen des verstorbenen Pfarrers warme und dankbare Würdigung; so seitens des Herrn Bürgermeisters und Abg. Engelhard-Nubach, der das innige, gegenseitige Arbeiten des entschlafenen Seelenretters noch einmal kurz zeichnete. Inhaltlich und formell gleich vollendet waren die warmen Worte des Herrn Oberlehrer Herzog, der im Namen der Lehrerschaft und Schule Nubach sprach. Die Erzieher- und Lehrerschaft des Katechetik Traber fand gleiche Anerkennung durch den Sprecher der Lehrerschaft und Schule von Zusenhofen. Die marian. Jungfrauencongregation dankte ihrem eifrigen Gründer und Betreuer durch ihre Präselin. Nach Niederlegen zahlreicher Kränze durch die Vertreter mehrerer Kreisvereine sprach noch im Namen der Ge-

meinde Kauf Bürgermeister Geisler. Herr Pfarrer Fischer-Kauf wehte seinem Vorgänger in Lauf und seinem Nachfolger in Nubach noch ein treffliches Abschiedswort.

Herr Geistl. Rat Lipp hatte das Leben des Pfarrers von Nubach auf die Formel gebracht: ota et labora, bete und arbeite! Arbeit und Gebet füllten das Leben dieses Mannes in der Tat. Die Liebe zur Arbeit hatte der Theologe und spätere Priester Albert Traber als kostbare Mitgift in dem elterlichen Bauernhause in Rippensheim empfangen. Opfer und Anstrengung bedeutete für den jungen Studenten der tägliche Weg nach Laub nach Besuche des Gymnasiums. Auf der Unterstufe widmete sich der Theologe Albert Traber mit Energie den heiligen Wissenschaften. Nebenher genügte er noch der Einjährig-Freiwilligen Pflicht. Eifrige Seelsorgearbeit leitete der Seelsorger Albert Traber in Währigem priesterlichen Wirken in Unteralfpen, Zöhlingen, Weersburg als Vikar; in Lausheim und Zöhlingen als Pfarrverweser, in Lauf und Nubach als Pfarrer.

Eine gesunde körperliche Konstitution, scharfer eindringender Verstand und ein ungemein energischer Wille waren die natürlichen Voraussetzungen für das rastlose, fast übermenschliche Arbeiten des Seelsorgers Traber, das er ganz in den Dienst des lebendigen Wortes stellte. Morgens um 4 Uhr pflegte Herr Pfarrer Traber schon er selbst die Weidgote, die Gläubigen zur Kirche zu rufen. Die Zeit vor der hl. Messe verbrachte er in Beten, Betrachtungen und Spenden der hl. Sakramente. Wohl kaum ein Priester der Erzdiözese hat so freudig die Erlasse des großen und heiligen Papstes Pius X. begrüßt und erfährt wie Pfarrer Traber. Es war ein oft von ihm ausgesprochener Gedanke: Die Erneuerung der Menschheit könne nur vom Tabernakel aus erfolgen. Mit seiner ganzen Energie und inneren Wärme trug er die eucharistische Bewegung in seine Pfarreien hinein, immer wieder suchte und fand er neuen Anlaß im Verlauf des Kirchenjahres, den Eifer der Gläubigen im Empfang der hl. Sakramente zu beleben. Gar oft kam er in Predigt und Christenlehre auf die hl. Eucharistie zu sprechen, Missionen und Erbauungen festigten das, was er still begonnen. Und der Sonntag waren es, nicht wenige, da er

Hundertet von heiligen Kommunionen auspenden konnte. Würdige hl. Kommunionen waren der einzige Lohn, den er erstrebte und der ihn erfreute. So arbeitete Pfarrer Traber 16 lange Jahre in der beschwerlichen Bergpfarre Lauf unter 2400 Seelen und er leistete diese Seelsorgearbeit allein. In demselben Geiste ging der unermüdbare Priester, der seine Ruhe und Ferien kannte, nach Nubach, das ihm nicht weniger Arbeit brachte, die er aber gerne leistete, bis es nicht mehr ging.

Gottes Ehre zu fördern, auch durch würdige Feiern des Gottesdienstes, lag ihm sehr an. Tadellose Kirchenwache, schöne Paramente beschaffte er, wenn es nur irgend möglich war. Für unsern Herrgott das Beste, war sein Grundsat. Die Altäre der Kirche schmückte er Woche für Woche selbst mit seinem Verstande. Er meinte, wozu anders habe er denn die niederen Weihen empfangen, als nun auch die Herde des Hauses Gottes zu lieben und zu bereiten. Er schenkte keine Kosten, um die schönsten Blumen auf den Altären der Kirche zu stellen zu können. So zeigte denn der unermüdbare und willensstarke Priester, daß er die ausgleichende Gabe eines reichen Gemütes nicht entbehrte. Geht, Herr Pfarrer Traber war ein Mann; er konnte sehr bestimmt und entschlossen sein, aber immer waren Liebe und Sorge der Grundton seines Wesens selbst da wo sein Wort einmal hart lang. Wenn er in der Schule stramme Zucht und Ordnung hielt, wenn er von jedem Schüler an Leistung verlangte, was er leisten konnte, so hatte er das Ziel, ganze, gründlichste katholische Christen heranzubilden. Im Dienste dieser hohen Aufgabe hielt der Pfarrer von Nubach seine 16-18 Religionsstunden pro Woche mit vorbildlicher Gewissenhaftigkeit und Freudigkeit. Talentevolle Knaben bereitete er selbst zum Studium vor. Vier Wochen vor seinem Tode gab er noch vier Stundenstunden Lateinunterricht. An dem Entwidlungsgang seiner Schüler, wie überhaupt am Wohl und Wehe seiner Pfarzkinder war ein und jetzt, die er alle in treuem Gedächtnis behielt, nahm der besorgte Priester lebhaftesten Anteil. Pfarrer Traber fühlte mit seiner Herde. In schwerigen Fällen hatte man an ihm einen weisen Berater, in Nöten einen starken Helfer. Nicht selten wurde er ungenügend um finanzielle Unterstützung

und mißbrauchten manchmal auch Unwürdige seine große Freigebigkeit, so hinderte dies ihn nicht, auch fortan, nicht selten fast über die eigenen Kräfte, Arme zu unterstützen. Gerade die gemüthsliche Ausübung der wichtigen Krankenpflege gab ihm oft Gelegenheit zur Überwindung äußerer Not.

Diese großzügige Freigebigkeit zeigte Herr Pfarrer Traber besonders dann, wenn er Gäste hatte. Die Gastfreundschaft sah er als eine christliche Jugendaufz. Er war weithin bekannt wegen seiner Keuschheit, ja Herzlichkeit und Gerechtigkeit, und kamen frühere Pfarzkinder ihn zu besuchen, so freute dies ihn außerordentlich und er bot das Beste.

Für sich selbst beanpruchte Pfarrer Traber nichts. Es ist nicht bekannt, daß er auch nur ein einziges Mal in Ferien gegangen wäre. Seine einzige Beschäftigung waren die Erziehten, die er alljährlich zu machen pflegte zur eigenen Geistesvervollkommenung. Seit vielen Jahren war Pfarrer Traber aus selbstgewählten Gründen Abstinenz und Mitglied des Kreuzbundes, auch sonst liebte er für sich höchst einfach. Die Gemüthsruhe, die er sich gönnte waren Violin- oder Harmoniumspiel, die er als Pfarrer erst erlernt hatte, in früheren Jahren auch ein Marjch auf die Schwarzwaldberge — und da schreute ihn dann kein Wetter ab. Gerne sah er auch in den Bergen der Maffler, am liebsten aber war ihm das Wuch der Wälder — die hl. Schrift.

Seit einigen Jahren lebte Pfarrer Traber fast ganz in seine Pfarrei zurückgezogen; aber trotzdem nahm er lebhaften Anteil an dem bewahrenen Treiben der großen Welt. Die liturgisch-religiöse Bereicherung der heiligen Zeit erfüllte ihn mit großer Sorge. Betung und Zeit sah er nur im Zusammenhang mit den katholischen Glaubens- und Sittenlehren in vollster, demütigter Unterordnung unter die Kirche.

Pfarrer Traber hat diesen Grundfäden entsprechend gelebt und unserer flatterhaften Zeit das gegeben, was ihr am notwendigsten ist — das lebendige Beispiel eines ganzen katholischen Mannes und eines frommen eifrigen Priesters. Das wird Gott ihm lohnen. R. i. p.

eine Anfrage... linge im Gew... lingsobjekt beh... muß besonders... muß ausgebaut... galle verwirrt... end; will aber... helfen. Die F... Produkte ist u... methode, wo n... ist wertvoller, a... Minister d... verwaltungen... Gewaltung ge... ständigkeiten... einwilligen d... Reichspräses... eine Unmöglich... Weir. die Erric... nifikation g... wieder eine Er... räte (z. B. W... Pfalz). Gegen... seine fundamen... gibt übrigens... fragen in D... Darlehen o... gierung in ein... Vorfrist und... kein solches D... gar nicht, we... die Industrie... ammen sollen... den. In dem... der Konjunge... Gegen d... Redner, daß e... sei. Man soll... Staat stellen... wenn der St... das Volk nicht... um den Sta... keine Sta... hat Baden a... früher; bei fo... auch auf dem... Redner gibt A... bei Streiks... nicht gegen d... entprechenden... Weiterbera...

Neue Eing... schau verweil... In der F... Ministerium... Riegelmey... Maier (Soz.)... trakte dokumen... schaft nicht l... Jahre lang in... Die Landwirt... Lage, zumal a... Gerichtsbeschl... Gaf. Wenn e... ist das deutlic... giert. Durch... kleinen Mann... geht, auch j... jungen Landw... fuchsauffallen... ansehen. Die... wieder kommen... Interesse der... Abg. Dr. M... wendungen für... Handel im W... erstere ist als... Volkswirtschaft... dem Schulzoll... Exportkollat... wir müssen j... müssen alle... Deutschlands... werden, und d... schuld. Die... Landwirtschaft... grundbedingte... niger eines A... von Getreide... händlerische... schaftskam... schude ihrer... Landwirtschaft... notwendig. D... Wir müssen h... eist, wenn da... (Beifall.)

Abg. R... Polizei ist... gegen die Kom... main in Ham... brechen begeht... sich gegen die... Baden und d... des Kapitals... den Redner m... digung eines... (Beifall.)

Weinbrennen

Zur Werks... tunkalle eine... und Entwurf... aus seiner n... hinterlassenen... künstlerischen... Kultur, die i... gerade bei d... kann. Am Trepp... Weinbrenners... von B. Krall... und Förderer... Zinnener folg... Kammer; in z... Kaiserperpet... domit der Gr... ein Platz mit... Stillingen be... Wischen de... gleicher Wichti... baues, ohne je... mit Vorliebe... tums in Gefü... Den nachge... überren Ent...

die Gemeinden der Aufnahme von Arbeitern vorzuziehen kann uns im Hinblick auf die Wirtschaftslage nicht als unbedenklich erscheinen. Die Aufnahme von Arbeitern in die Wirtschaft ist eine Frage der Wirtschaftspolitik, die nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die soziale Lage der Bevölkerung berührt. Die Aufnahme von Arbeitern in die Wirtschaft ist eine Frage der Wirtschaftspolitik, die nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die soziale Lage der Bevölkerung berührt.

Minister des Innern Klemke: Die Gemeindevorstellungen sind ebenso selbständig der staatlichen Verwaltung gegenüber wie früher. Die bisherigen Zuständigkeiten der Polizei (Gesundheitspolizei) sollen einseitig bestehen bleiben. Die Durchführung des Reichspergesetzes in den größeren Städten ist nahezu eine Unmöglichkeit; aber ganz darf sie nicht ruhen. Die Errichtung einer beratenden Ständeorganisation gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder wieder eine Erste Kammer oder aber Bezirksräte (s. B. für den Bezirk Baden, Württemberg und Pfalz). Gegenwärtig ruht die Frage ganz, weil keine fundamentale Unterorganisation gefunden ist. Es gibt übrigens heute und künftig wichtigere wirtschaftliche Fragen in Deutschland. Bezüglich der Auslandsdarlehen an badische Gemeinden hat die Regierung in einem Rundschreiben an die Gemeinden zur Ansicht und zurückschickung gemahnt; bis jetzt ist noch kein solches Darlehen perfekt geworden, man weiß auch nicht, wer die Geldgeber sind. Geldvermittler für die Industrie darf die Gemeinde nicht sein. Die Gemeinden sollen nicht nur vom Frauenverein gestellt werden. In dem Verhältnis der landwirtschaftlichen und der Konsumgenossenschaften empfiehlt es sich, daß die Leiter derselben in landliche persönliche Mischung treten. Gegen Abg. Dr. Klemke (Abbau der Bezirksräte) bemerkt der Redner, daß er nicht glaube, daß der Abbau zu Ende sei. Man soll nicht mehr Forderungen an den Staat stellen, als verantwortet werden kann; denn wenn der Steuerdruck so stark werden sollte, daß ihn das Volk nicht mehr tragen kann, dann steht es schimm um den Staat. Die Firma Lang in Mannheim hat keinen Staatskredit erhalten. Für den Grenzschutz hat Baden als Grenzland mehr Beamte nötig als früher; bei fortwährender Konfiszierung wird aber doch auch auf dem Polizeigebiete gespart werden können. Redner gibt Aufschluß über das Verhalten der Polizei bei Streiks. Die kleinrentigen Gewerbe verhalten sich gegen den Friedensvertrag, also auch nicht die entsprechenden Vereine.

Weiterberatung 1/4 Uhr nachh.

Nachmittags-Sitzung.

Neue Eingänge werden an den Haushaltsauschuß verwiesen.

In der Fortsetzung der Debatte zum Etat des Ministeriums des Innern spricht zunächst Abg. Siegelmeier (Langenbrunn) (Ztr.). Dem Abg. Maier (Soz.) gegenüber kann die von der Sozialdemokratie dokumentierte Sympathie mit der Landwirtschaft nicht befriedigen; Abg. Maier sollte einmal zwei Jahre lang in den Höfen eines kleinen Landwirts stehen. Die Landwirtschaft ist in einer fast verzweifelt Lage, zumal angelehnt der ungenügenden Steuerlast. Der Reichssozialist ist in den Drucksachen fast ein tüchtiger Kopf. Wenn es so fortgeht mit dieser Belastung, dann ist das deutsche Nationalvermögen die Hälfte reduziert. Durch Schenkungen verliert sich das Brot des kleinen Mannes nicht, da, wenn es der Landwirtschaft geht, auch Handel und Industrie gedeihen. Die jungen Landwirte sollen die gut funktionierenden Versuchsanstalten der Landwirtschaftskammer sich gründlich ansehen. Die Kammerarbeiten für die Wirtschaft sollen wieder kommen. Redner empfiehlt die Annahme der im Interesse der Landwirtschaft gestellten Anträge. (Beifall.)

Abg. Dr. Matthes (D. lib. Vp.): Die staatlichen Aufwendungen für die Landwirtschaft sowie für Industrie und Handel im Budget fallen sich ungefähr die Waagschale, erstere ist also nicht zu hoch. Wie bauen wir unsere Volkswirtschaft wieder auf? Auf dem Freihandel oder dem Schutz Zoll? Deutschland zu einem ausschließlichen Exportstaat ersten Ranges zu machen, ist eine Utopie; wir müssen Industrie und Landwirtschaft pflegen; es müssen alle Fundamente der staatlichen Ordnung Deutschlands möglichst auf eigenem Boden gebaut werden, und darum braucht die Landwirtschaft einen Zollschutz. Die Produktionsbedingungen der Landwirtschaft sind in den einzelnen Ländern der Welt unterschieden, weniger die der Industrie. Auswärtiger Agrarproduktionswert ist nicht nur der Verkäufer von Getreide, sondern auch der kleine Bauer. Das Freihändlerische England hat keine Kleinbauernwirtschaft. Redner bespricht dann die Verhältnisse der Landwirtschaftskammer; die angebliche „Politisierung“ schade ihrer Arbeit nicht. Eine Zusammenfassung der Landwirtschaftspflege in der Landwirtschaftskammer sei notwendig. Der Staat ist Kostgänger bei der Wirtschaft. Wir müssen heute schon das Mögliche einsparen, nicht erst, wenn das Wasser uns wieder an der Kehle steht. (Beifall.)

Abg. Ritter (Komm.) meint, daß wir in einem Volksgesamt leben. Die Polizei arbeitet vielfach gegen die Kommunisten mit Spitzeln, wie der Fall Baarman in Hannover beweise, der als „Spitzel“ seine Verbundenen begehren und verurteilen konnte. Redner wendet sich gegen die Verfolgung der Kommunistischen Presse in Baden und das Verhalten der Polizei als Schutztruppe des Kapitals bei Streiks (Minister Klemke unterbricht den Redner mit dem Wortlaut der „Rage“). Die Ankündigung eines kommunistischen Aufstandes am 4. August in

Weinbrenner-Ausstellung in der Karlsruher Kunsthalle.

Zur Werkbundtagung hat die Direktion der Landes-Kunsthalle eine treffliche kleine Ausstellung von Plänen und Entwürfen Friedrich Weinbrenners, von Bildnissen aus seiner näheren Umgebung, von Gegenständen seiner künstlerischen Schöpfungen, so daß ein Gesamtbild vom künstlerischen Schaffen des großen Baumeisters und der Kultur, die ihn umgab, sichtbar wird, wie man sich gerade bei diesem Anlaß erwünschter nicht vorstellen kann.

Im Treppenhause sind Photographien von Bauten Weinbrenners und seiner Schüler verteilt, Aufnahmen von B. Kraft, weiter andere Bildnisse von Zeitgenossen und Freunden, zu wech lehrten wir auch seinen Onkel und Förderer Karl Friedrich rechnen dürfen. Im ersten Zimmer folgen Porträts Weinbrenners und seiner Familie; in zwei Witrinen Stammbücher, Hausrat, das Kaiserjubiläum und Hammer und Nadel aus Silber, womit der Großherzog den Meister beschenkt hat. Auch ein Plakat mit der Ansicht des Weinbrennerhauses am Ettlingerort von Arnold muß erwähnt werden.

Zwischen dem Herkules und dem künstlerischen in gleicher Wichtigkeit erscheinen die italienischen Meisterwerke, Plakate von einer mächtigen Sicherheit des Aufbaues, ohne jede romantische Perfektion, wie sie später mit Vorliebe die kräftig gewollte Architektur des Platerums in Gestalt aufzulösen freute.

Den nachhaltigen Eindruck empfängt man von Weinbrenners Entwürfen aus den Jahren 1798 und 1794.

der bürgerlichen Presse ist ein Schauermärchen; die Anweisungen seien lediglich auffällende Arbeit, damit die Arbeiter wissen, was sie im Bürgerkrieg zu tun haben. Redner nimmt dann die Organisation „Reichsbanner“ in kritische Behandlung, unter heftiger Polemik gegen die Sozialdemokratie, die kräftig widerspricht. Die Sozialdemokratie schließt die Republik, unter Mißbrauch der Arbeiterkraft, weil sie in vielen Beamtenstellen Ausnützerin der Republik ist. (Lebhafter Widerspruch bei der Sozialdemokratie. Eingreifen des Präsidenten.) Redner schildert den herrschenden Militarismus in Europa und erklärt sich gegen die Ausgaben für Polizei und Gendarmerie. (Der Redner zieht sich Rügen des Präsidenten zu.) Das dadurch Gesparte soll — nach einem kommunistischen Antrag — für Irrenanstalten, Spitäler usw. verwendet werden. Trotz aller Verfolgung wird die kommunistische Partei fortzukämpfen zur sozialen Revolution und zur Eroberung der politischen Macht.

Abg. Kurz (Soz.) spricht gegen die Anträge des Landwirts auf Ausbau der Landwirtschaftskammer. Die schwebenden Verhältnisse können nicht auf Baden übertragen werden, da bei uns viele Industriearbeiter und Handwerker kleine Bauern sind. In genossenschaftlichen Fragen sollten die Landwirte einig sein. Der Handelsvertrag mit Spanien darf nicht geschädigt werden. Die landwirtschaftlichen Schutzabläufe verweist Redner, da der überwiegende Teil der badischen Bevölkerung kein Interesse an ihnen hat. Der Grundbau, hat der Bauer Geld, hat die ganze Welt! hat geboten, als Deutschland noch Agrarstaat war, heute gilt er nicht mehr. Man denke an das Meer der Arbeitslosen!

Abg. Weißhaupt (Ztr.) erachtet, daß auch andere Gemeinden, bei denen keine Anträge auf Unterstützung gegen Unwetterbeschäden vorliegen, in gleicher Weise gerecht behandelt werden. Mängel der Landwirtschaft im Hause kann man im Interesse der Landwirtschaft nur bedauern. Der Landbau schaut immer nur darauf, wie er dem Redner und dem von ihm geleiteten Bauernverein am Range finden kann. Der Vorwurf des Abg. Kurz, der Bauernverein sei laienhaft, weist Redner zurück, da etwa 30000 seiner Mitglieder evangelisch sind. Dem Ausbau der Landwirtschaftskammer stimmt Redner prinzipiell zu, wenn der Schwerpunkt der Selbstverwaltung aus der Landwirtschaftskammer ist, seit der letzten Zusammensetzung politisiert, was bei der Konstituierung und Vorhandwohl zulage trat. So viele Interessen wie heute sind früher nicht herangezogen worden; die Kammer mit ihren 40 Mitgliedern hat Sachverständige genug. Reichardt und Herberich sollte Beizelektoren übertragen werden. Dem Antrag Dr. Matthes stimmt Redner zu; die Gesamtsitzung ist noch nicht heranzureifen. Die schwebende Frage hat Graf Douglas injiziert; die Landwirte dort sind modern gerichtet und hängen in ihrem Betrieb nicht zu sehr am Altan; die vorgeschrittenen Betriebe haben auch in Schwaben die großen Redner weiß einen Vorwurf in der freien Stimme wegen einer Behauptung des Redners gelegentlich der schwebenden Frage als unwarhaft zurück. Er will keine falschen Hoffnungen im Volke erwecken. Abg. Gehard vom Landbund fragt immer über die „Mündigkeit“ der badischen Landwirtschaft. Das liegt aber in unseren Verhältnissen; den Jüngerbetrieben und den Eigenarten der Bevölkerung. Gebiete mit überwiegendem Getreidebau oder Viehzucht sollten befreit sein, größere Partellen zu erzielen; geistlicher Zwang wird aber kaum zum Ziele führen. Von Mündigkeit im allgemeinen kann keine Rede sein. Die Zollfrage betr. will der Gegner nicht auf richtigem Wege; wenn die Landwirtschaft kaufkräftiger wäre, hätten wir den Tiefstand unserer Wirtschaft überhaupt nicht. Der Zoll kommt im Preise niemals zur vollen Auswirkung, er reguliert und stabilisiert aber den Preis der Produkte. Die Einfuhrverhältnisse haben sich geändert; heute sind es nicht nur Rohprodukte, sondern auch veredelte Produkte (Mehl, Konfekte, Getreide etc. usw.), worunter auch unsere Industrie und Arbeiter leben. Die Landwirtschaft ist der beste Abnehmer der Industrieprodukte. (Beifall.)

Abg. Klüber (Abb.) spricht, gegen den Vorredner polemisiert, über die schwebende Frage und polemisiert gegen die Rede des Abg. Wittenmann. Es war ein Sturmangriff auf den Landbund, aber wir leben noch. Wir haben auch Material (Rufe im Zentrum: „heraus damit“). Redner will nicht auf diesen Boden treten („Sehr bequem“). Die Rede Wittenmann sollte öffentlich angeschlagen werden. (Große Heiterkeit. Rufe: „It das alles“.)

Abg. Martin (Abb.) die Einnahmen der Landwirtschaft bedecken die Ausgaben nicht mehr. Dazu kommt die Auslandskonturen. Der Zollschutz ist eine Angelegenheit der ganzen Volkswirtschaft. Nicht nur die Arbeiter, auch die Beamten müssen erwägen, wie sich ihr Schicksal gestalten würde, wenn die Landwirtschaft dem Ruine entgegengehe. Lokale Schäden an der Ernte sind auch in diesem Jahre zu beklagen.

Es spricht der Abg. Schön (Dem.) gegen Äußerungen des Abg. Weißhaupt über die Verhältnisse bei der Landwirtschaftskammer. Abg. Weißhaupt erwidert. Persönliche Bemerkungen machen noch Abg. Fischer (Abb.), Klüber (Abb.) gegen Wittenmann, dessen Ausdruck „Schwindel“ vom Präsidenten gerügt wird.

Abg. Wittenmann (Ztr.) erwidert: Kläubers Rede sei eine jämmerliche Chamade gewesen. Redner hat lediglich die Situation aus dem Landbundsbericht gebracht; seine Eigenschaft als Beamter hat mit seinen Ausführungen nichts zu tun. Das Redner die Bauern als nicht fähig zur parlamentarischen Arbeit bezeichnet hat (wie Klüber unterstellte), habe er als „Schwindel“ bezeichnet. (Die Glocke des Präsidenten hat schwer zu kämpfen mit der Erregung des Hauses.) Abg. Klüber erwidert.

Es muß damals für mich in der Seele des jungen Architekten hergegangen sein. Die Bauten Roms, die Stiche Piranesis, das Erlebnis der französischen Revolution bilden den Hintergrund dieser heroischen Visionen, vor denen man nur Schmerz empfinden kann, daß nichts davon Wirklichkeit wurde. Denn auch der Karlsruher Marktplatz, dessen Pläne noch nicht den Zusammenhang mit dieser Periode verzeihen können, ist in seiner Gestalt, wie sie wurde, nur ein Schatten seines Urbildes. Wie sehr die Geniebildung späterer Jahrzehnte, und auch Weinbrenners selber, von der Kraft dieser Tage entfernt war, zeigt die brav harmonisierte Kopie eines Schülers nach der „Fürstengruft“ von 1798. Es ist kaum zuviel gesagt, wenn man diese Plätter Weinbrenners das Bedeutendste nennt, was an Früchten der politischen Erregung dieser Zeit unmittelbar in ihr selbst gereift ist.

Die späteren, größtenteils ausgeführten Pläne des letzten und vorletzten Raumes zeigen den Baumeister, wie er sich mit den künstlerischen Aufgaben der Zeit befand. Auch hier mußten die wertvollsten Gedanken und ausgeführt in die Schöpfung wandern. Der Mann der gewaltigen Maß- und Straßenanlagen, in denen ein demokratischer Gemeingeist obdunkelte, sich aus sprachbewußter Privatpraxis, problematische Straßen (deren künstlerische Bedeutung als Feststätten größten Schicksal der Reflexion deutlich wird), kurz, er schloß den in seiner Zeit und Lage gebotenen Kompromiß, auf den zumal wenn aufmerksamer zu sein nichts schaden kann, zumal wenn man überlegt, daß zwei große Dichter seiner Tage, Kleist und Hölderlin, vor diesem in Tod und Wahnsinn flohen.

Karlsruhe.

Der Karlsruher Jugendverein Karlsruhe-Näpurr feierte am Sonntag, den 27. unter zahlreicher Beteiligung das Fest seines 14-jährigen Bestehens durch Generalkommunion, Festgottesdienst und einer Abendunterhaltung. Die Beteiligung der Mitglieder an der kirchlichen Feier war sehr zahlreich; ebenso auch bei der weltlichen Feier im Saale des „Gärbhans“. Musikalische, Prolog, Sologelänge und das historische Schauspiel „Kasper und Teufel“ in vier Akten von W. Lange, zeugten von dem großen Fleiße, den die Mitglieder aufgewendet hatten, um die Feier zu einer recht würdigen zu gestalten. — Der Leiter der Veranstaltung, Herr Bruder, machte Mitteilung von dem Beschlusse des Vorstandes, den

Aus dem Haushaltsauschuß vom 28. Juli 1924.

Mitten hinein in die Budgetberatungen im Plenum drängen noch zu erledigende Gegenstände für die Ausschüsse, denen deshalb der Montag freigegeben wurde. Zuerst nahm der Unterrichtsminister das Wort über die Erklärung, daß das Staatsministerium gewünscht habe, die Berechnungen, die sich aus dem Antrag Dr. Waumgartner (Recherbildung betr.) ergeben, zur Vorlage zu erhalten, ehe sie dem Landtag übergeben würden. So wird sich also diese Beratung noch um eine Woche verschieben. Ein Vertreter der dem. Fraktion hat dringend, diese Angelegenheit noch vor Schluß des Landtags zu erledigen.

Es waren zwei Eingaben von mittleren Beamtengruppen eingelaufen, die in Bezugnahme auf die Forderungen der Lehrer ebenfalls eine erweiterte Vorbildung und Berufsbildung verlangen und zwar Abitur und vierjährige Fachausbildung.

Dem Vorschlag des Vorsitzenden, diese Eingaben mit der Frage der Lehrerbildung zu behandeln, wurde sowohl von dem. Seite als auch vonseiten einer Zentrumrednerin energisch widersprochen. Letztere führte aus, daß man selbstverständlich den mittleren Beamten ebenfalls eine Erweiterung und Vertiefung ihrer Ausbildung gönne, daß aber die Faktoren der Lehrerbildung aus ganz anderen Grundlagen erwachsen. Die Berufstätigkeit des Lehrers erstreckt sich auf den Lebenslang des Menschen und müsse von anderen Gesichtspunkten aus beurteilt werden. Eine gründlichere Vertiefung müßte zur Zeit als eine Erweiterung der in dieser begriffenen Berufsbildung der Lehrer betrachtet werden. Wenig geschickt und erfolgreich glaubte ein dem. Redner in der Form vorgehen zu sollen, daß er einem Redner des Zentrums in unangebrachter und durchaus unschicklicher Polemik die Bemerkung machte, es sei auffallend, wie dessen Ausführungen in einem deutlich erkennbaren inneren Zusammenhang mit der Eingabe der mittleren Beamten stünde. Mit Enttäuschung wies das Zentrum einmütig die in dieser ungebührlichen Bemerkung angedeuteten beleidigenden Vermutungen ab. Diese Bemerkung wurde dem. Redner ins Gewicht fallen, als der dem. Redner kurz vorher dem Vorsitzenden, der den Vorschlag machte, die Behandlung der Beamteneingaben mit der Behandlung der Lehrerbildungsfrage zu verbinden, entgegnete, daß die Maschinenrie ja tadellos funktioniert. Es ist möglich, daß der Redner und mit der Empfindung will, die der Referent doch auch braucht, tief bedauerlich, wenn ihre Interessenvertretung gewisse Unübersehbares nicht beachtet. Die Eingaben der mittleren Beamten sollen beim Finanzministerium erledigt werden.

Dann folgte die Beratung eines Gesetzentwurfs (Druck. Nr. 23) über Bürgerschaften des Landes Baden für Darlehen an landwirtschaftliche Organisationen, an Genossenschaften des Handwerks und an Verbrauchergenossenschaften (Konsumvereine).

Vonseiten des Zentrums wurde die Notwendigkeit dieser Kredite für die Landwirtschaft stark betont, aber auch wiederholt energisch zum Ausdruck gebracht, daß irgendwelche Garantien zu schaffen seien, damit diese Kredite nicht in die Hände der Genossenschaften verwendet würden, sondern — entsprechend dem Willen des Landtags — den einzelnen Landwirten zugute kämen. Ferner müsse ein gewisses Verhältnis zwischen Alt- und Neugeldern festgelegt werden. Diese Gedanken fanden auf allen Seiten Unterstützung. Ein Antrag v. A. u. Weber wollte dem Kreise der Kreditberechtigten auch die Genossenschaften „des Einzelhandels“ hinzufügen. Ebenso wurde von dem. Seite dem Wunsch nach Krediten für die Industrie Ausdruck gegeben. Der Minister führte aber aus, daß man nach sorgfältiger Prüfung zur Überzeugung kommen müßte, daß das die Macht des Staates übersteige. Auch seien die Konsequenzen solcher Stützungsmaßnahmen unübersehbar. Die Regierung habe sich aber mit Erfolg bemüht, bei der Reichsregierung aus Reichseinkünften Bankkredite zu herbeizuschaffen für die Industrieunternehmen zu erhalten. Einem Landbundsantrag, die Kredite bis 1. Juli 1925 zu gewähren, konnte die Regierung nicht zustimmen. Im Interesse der tatsächlichen Geldbeschaffung könne die absolute Festlegung des Zinsfußes nicht durchgeführt werden; aber ein Verhältnis zwischen dem ersten und letzten Zinssatz solle hergestellt werden. In den Großstädten könnten die Einlaufs-genossenschaften des Handels an den Krediten beteiligt werden. Dann entspann sich eine juristische Debatte über den Begriff des „Einzelhandels“ auf bestimmten Termin, die dahin geklärt wurde, daß die Bürgerchaft eine Zeitbürgerchaft sei und mit dem letzten Termin entweder die letzte Rate zu zahlen sei oder die Bürgerchaft des Staates einzutreten habe. Dem Wunsch, auch an die Bauhütte und ähnliche Organisationen Kredite zu geben, konnte im Rahmen der Vorlage nicht entsprochen werden.

Einmütig wurden die Kredite von 7½ auf 8 Millionen erhöht und die Einlaufs-genossenschaften des Handels einbezogen. Die Bürgerchaft ersticht mit dem 1. März 1924.

Vorgeschlagener Wortlaut des § 1 Abs. 1. Der Minister des Innern wird ermächtigt, für Darlehen an landwirtschaftliche Organisationen, an Einlaufs-genossenschaften des Handwerks und des Handels sowie an Verbrauchergenossenschaften (Konsumvereine) die festzuschuldnerische Bürgerchaft des Landes bis zu einem Gesamtbetrag von acht Millionen Goldmark zu übernehmen und zwar zugunsten der badischen Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft in Karlsruhe und der Zentral-Bezugs- und Absatzgenossenschaft des badischen Bauernvereins in Freiburg je bis zu einem Betrage von 1½ Millionen Goldmark, zugunsten der Zentrale der landwirtschaftlichen Lagerhäuser A. G. in Teubertsdorfheim bis zu dem Betrage von 500 000 Goldmark sowie zugunsten von Einlaufs-genossenschaften des Handwerks und des Handels, sowie von Verbrauchergenossenschaften (Konsumvereine) bis zum Betrage von zusammen 45 Millionen Goldmark.

Karlsruhe, den 28. Juli 1924.

Eine Petition der Gemeinde Hardheim um Umbau der gewerblichen Fortbildungsschule in eine Gewerbeschule wurde der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Karlsruhe.

Der Karlsruher Jugendverein Karlsruhe-Näpurr feierte am Sonntag, den 27. unter zahlreicher Beteiligung das Fest seines 14-jährigen Bestehens durch Generalkommunion, Festgottesdienst und einer Abendunterhaltung. Die Beteiligung der Mitglieder an der kirchlichen Feier war sehr zahlreich; ebenso auch bei der weltlichen Feier im Saale des „Gärbhans“. Musikalische, Prolog, Sologelänge und das historische Schauspiel „Kasper und Teufel“ in vier Akten von W. Lange, zeugten von dem großen Fleiße, den die Mitglieder aufgewendet hatten, um die Feier zu einer recht würdigen zu gestalten. — Der Leiter der Veranstaltung, Herr Bruder, machte Mitteilung von dem Beschlusse des Vorstandes, den

verbienten langjährigen Turnwart, Herrn Oberrechnungsrat Eger, unter Würdigung seiner besonderen Verdienste um die D. Z. R. zum Ehrenmitglied zu ernennen und überreichte unter lebhafter Zustimmung eine kunstgerechte ausgefertigte Ehrenurkunde. Die guten Erfolge, die D. Z. R. Ruppert als Verein und im Einzelnen erzielt, sind größtenteils seiner gründlichen Einübung zu verdanken. — Hochh. Herr Pfarrer Krenner begrüßte mit mactigen Worten die Neuaufnommenen; er versprach ihnen treue Kameradschaft zu halten und hofft, daß auch die jungen Mitglieder dem Wahlsprüche „Kampf und Treu“ in jeder Hinsicht Ehre machen mögen. — Auch Herr Enderling, Freiburg vom Landesvorstand fand zündende Worte, an denen sich jung und alt begeisterten. — Mit Freude kann berichtet werden, daß im Jugendverein Karlsruhe-Näpurr dank der verständigen Leitung und dem guten Fleiße seiner Mitglieder ein harmonisches zeltbares Arbeiten herrscht; möge das Vorhaben, mit dem 10-jährigen Stiftungsfeste die Fahnenweihe begehen zu können, von Erfolg gekrönt sein.

Das Lehrermuseum der Technischen Hochschule, das im alten badischen Zeughaus beim Durlacher Tor eingerichtet wurde, steht vor der Eröffnung und zwar soll diese auf 4. Oktober (Herbstwochen) erfolgen. Zur Einhaltung dieses Termins aber sind noch große Aufstellungen- und Einrichtungsarbeiten notwendig, zu deren Finanzierung die Öffentlichkeit in Anspruch genommen werden muß, da die dafür vorhandenen Stiftungen erschöpft sind. Die Direktion des Lehrermuseums wendet sich daher an die Karlsruher Industrie und den Großhandel, um deren Unterstützung für dieses kulturelle Werk zu erbitten. Es wäre dankenswert, wenn diesem Ersuchen in großem Umfange entsprochen würde.

Postkonvention. Dem Postkartgesetz ist eine Oberpostdirektion, dem zum Reichsentscheidungsamt für Kriegssachen betrauten Postkartgesetz sowie dem Postdirektor Schlegel sind Poststellen bei der hiesigen Oberpostdirektion übertragen worden. Oberpostkartstein ist zum 1. Oktober nach Frankfurt a. M. versetzt.

Falsche Einbillionenheine im Umlauf. In letzter Zeit wurde in Pforzheim eine ganze Anzahl falscher Einbillionenheine mit der Nummer 14 A F 278 901 angeheftet. Der Hersteller derselben, der in Pforzheim wohnhafte Eisenbahnarbeiter Eugen Kunzmann, konnte auswärts, gerade als er solche falschen Scheine veräußerte, festgenommen werden. Er war noch im Besitze einer ganzen Anzahl dieser falschen Einbillionenheine, für die Herstellung falscher Scheine konnten beschlagnahmt werden. Es befinden sich noch eine ganze Anzahl Scheine im Umlauf. (Darum Vorsicht!)

Die Freilichtaufführung des Gymnasiums konnte wegen regnerischen Wetters am Dienstag nicht, wie geplant war, wiederholt werden. Sie soll bei günstigen Wetter heute (Mittwoch) stattfinden (s. Anzeigenteil).

Veranstaltungen.

Stadtgartenkonzerte. Gutes Wetter vorausgesetzt, finden am Mittwoch zwei Konzerte statt. Nachmittags von 4-6 Uhr bei der Festhalle und abends von 8-11 Uhr beim Schwarzbadbad. Das Abendkonzert wird durch eine Föhne, „Italienische Nacht“ besetzt, wobei die Umgebung des Schwarzbadbad, besonders einen reizenden Rahmen abgibt. Das Orchester hat bei beiden Konzerten stell die bestbelegte Kapelle der Vereinigung badischer Polizeimuster.

Stadtkonzerte. Wir machen auch an dieser Stelle auf das morgen (Donnerstag) abend von 8-11 Uhr im Stadtpark stattfindende Konzert der Vereinigung badischer Polizeimuster aufmerksam. Die Kapelle wartet mit einem vorzüglichen Programm auf, das jedermann zufrieden stellen wird.

Städt. Konzerthaus. Es sei darauf hingewiesen, daß das reizende Kololo-Singpiel „Des Königs Nachbarn“ nur bis inkl. Freitag auf dem Spielplan steht. — Samstag findet die Eröffnung der Operettenneuheit „Madame Pompadour“ von Leo Fall statt. Es ist der Direktion gelungen, für die Kitzelotte Fräulein Arco vom Metropolitantheater Berlin für einige Gastspiele zu gewinnen. Die Künstlerin gastiert zur Zeit in dieser Rolle am Landestheater Schwerin.

Post-Geigenschule

Direktor Hermann Post Adlerstr. 33, Tel. 1940
Ausbildung vom ersten Anfangs-Unterricht bis zur Konzerteife. Eintritt jederzeit.

Wir machen Sie auf unsere Sonder-Anfertigung in Herren- u. Jünglings-Bekleidung aufmerksam

Mees & Löwe
Spezialhaus für elegante Herren-, Knaben- und Sport-Bekleidung
Kaiserstraße 46 Karlsruhe i. B.

Karlsruher Stadesbuch-Auszüge.

Sterbefälle. 28. Juli: Johannes Müller, Apotheker, alt 77 Jahre; Gottfried Jantch, Privatmann, alt 80 Jahre; Erich, alt 6 Jahre, Vater Oskar Stammann, Eisenbahn-Oberinsp.; Marie Göbber, alt 72 Jahre, Witwe von Bernhard Göbber, Privat. — 27. Juli: Bertha, alt 3 Jahre, Vater Bernh. Fittler, Fabrikarbeiter; Julius Amann, ledig. Assistent a. D., alt 83 Jahre; Gustav Liebe, Eisenbahnoberinsp. a. D., alt 88 Jahre.

Weiternachrichtendienst der badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Wetterbericht vom Dienstag.

Das von Irland vorrückende Tiefdruckgebiet hat sich bis zum Kanal verlagert, während sich das zugehörige Hochgebiet über ganz Frankreich bis zur Rheinlinie ausgedehnt hat. Der Einfluß der Störung auf die Südostdeutschland war zunächst recht gering, da bei der östlichen Lage des Hochdruckgebietes die Tiefdruckgebiete nach Osten sind aber auch in Baden Regenfälle zu erwarten.

Vorausichtliche Witterung für Mittwoch. Meist trüb, zeitweise Regenfälle, zunächst mäßig warm, später etwas kühler, westliche Winde.

Wasserstände des Rheins am 29. Juli.
Schiffersgründ 378, Mehl 392, Wagnau 570 Mannheim 473 Zentimeter.

Kulturkampfabwehr in Elsaß-Lothringen.

Trotzdem die französische Regierung seit der Zuerückeroberung Elsaß-Lothringens von dem Bunde...

Nichtsdestoweniger hat Herriot, der neue französische Ministerpräsident, in seiner Regierungserklärung vom 17. Juni...

Der sich in der parlamentarischen Terminologie des Palais Bourbon auskennt, der wußte sofort, was mit dieser Einführung der gesamten republikanischen Verfassung...

Die Sonderstellung Elsaß-Lothringens ist nämlich vorwiegend kirchenpolitischer Natur. Als vor einem halben Jahrhundert Elsaß-Lothringen von Frankreich losgelöst wurde...

Alle diese kirchen- und schulpolitischen Freiheiten Elsaß-Lothringens stehen natürlich in scharfem Gegensatz zu den „kulturellen Ertragschaften“...

Es ist aber keineswegs gewillt, sich eine derartige Vergeßlichkeit gefallen zu lassen, und seit dem verhängnisvollen Tage der Erklärung Herriot's geht ein Sturm der Entrüstung durch das ganze Land...

Die Entrüstung, die sich Elsaß-Lothringens bemächtigt hat, hat auch im übrigen Frankreich ein weittragendes Echo gefunden.

Frankreich hat einst mit aller Energie gegen den Beschluß des Straßburger Vertrages, der Elsaß-Lothringen Deutschland zusprach, protestiert...

schwerste bedroht werden, und daß der einst Deutschland zugehörte Meistrain.

„Is ne l'auroit jamais, jamais l'ame des enfants de l'Alsace...“

Deutschland.

Die Eisenbahnverhandlungen Bayerns. München, 28. Juli. Die Eisenbahnverhandlungen Bayerns mit dem Reich...

München, 29. Juli. Einer der Beteiligten an der Münchener Kätereipublik...

Berlin, 29. Juli. Nuntius Pacelli hat nach seinem Eintreffen in Berlin heute auch dem Reichsfanzler einen Besuch abgestattet.

Dortmund, 29. Juli. Der Kommandant der dritten Liniendivision hat alle für den 3. August vorgesehene Versammlungen untersagt...

Düsseldorf, 29. Juli. Der Oberdelegierte der belgischen Besatzungszone in Mirefel...

Die amerikanische Note an die persische Regierung. London, 29. Juli. Reuters meldet aus Washington...

Ausland.

Paris, 29. Juli. Nach dem Daily Telegraph hat der rumänische Kriegsminister alle Umländer zurückgerufen...

Bodum, 29. Juli. Am Sonntag, den 27. Juli, fanden am Niederrhein die diesjährigen Annapfaktswahlen statt.

„Nimm mich mit!“ hat Rose-Mary. „Auf keinen Fall!“ wies er sie zurück.

„Um so lieber begleite ich dich, Pa. Ich verstehe mit dem Browning ebenogut umzugehen wie mit dem Malet und will im Kampfe meinen Mann stellen.“

Er küßte sie zärtlich auf die Stirne. „Hab Dank für deine Treue.“

„Nichts zu machen,“ erwiderte Marshall schroff. „Wenn Sie John Marshall reinlegen wollen, müssen Sie früher aufstehen.“

Der Alte sperrte die Augen wie ein Uhu. „So unds, die Juma behauptet aber doch...“

„Die Juma ist in diesem Falle eine Klapperflange, die Gift prißt, Mitter Vater.“

„Samuel Vater schnappte nach Luft. „Marshall, Sie sind ein Teufelskerl!“

„Marshall schüttelte den Kopf. „Vielleicht ein andermal“ sagte er.

Der alte Kupferföhrer stieg kichernd die Treppe hinauf, während Marshall in seine Gemächer ging.

Der Rosenmontag, der dem Feste folgte, war ein grauer, trister Tag, ebenso düster wie Rose-Marys Stimmung.

Es war nicht mehr nötig, der Aufbruch war niedergeschlagen, der Brand gelöscht, aber ihren Vater fand sie als Sterbenden.

Stimmen. Hier Sprengel stehen noch aus, doch dürfte dadurch das Ergebnis nicht wesentlich beeinflusst werden.

Stillelegung der Rhein- u. G. Offen, 29. Juli. Wie die Deutsche Bergwerkszeitung erfährt, hat die Rhein- u. G. für Bergbau- und Hüttenbetrieb...

Chronik.

Baden. Mannheim, 29. Juli. (Wirtungen des Alkohols.) Am Sonntag morgen spielte sich in der Gärtnerei ein blutiges Familiendrama ab.

Bretten, 28. Juli. (Vierzigjähriges Dienstjubiläum des Herrn Matzschreiber Brettle in Wüchig.)

Bretzen, 28. Juli. (Vierzigjähriges Dienstjubiläum des Herrn Matzschreiber Brettle in Wüchig.)

Bretzen, 28. Juli. (Vierzigjähriges Dienstjubiläum des Herrn Matzschreiber Brettle in Wüchig.)

Bretzen, 28. Juli. (Vierzigjähriges Dienstjubiläum des Herrn Matzschreiber Brettle in Wüchig.)

Bretzen, 28. Juli. (Vierzigjähriges Dienstjubiläum des Herrn Matzschreiber Brettle in Wüchig.)

Bretzen, 28. Juli. (Vierzigjähriges Dienstjubiläum des Herrn Matzschreiber Brettle in Wüchig.)

Bretzen, 28. Juli. (Vierzigjähriges Dienstjubiläum des Herrn Matzschreiber Brettle in Wüchig.)

Bretzen, 28. Juli. (Vierzigjähriges Dienstjubiläum des Herrn Matzschreiber Brettle in Wüchig.)

Bretzen, 28. Juli. (Vierzigjähriges Dienstjubiläum des Herrn Matzschreiber Brettle in Wüchig.)

Bretzen, 28. Juli. (Vierzigjähriges Dienstjubiläum des Herrn Matzschreiber Brettle in Wüchig.)

Bretzen, 28. Juli. (Vierzigjähriges Dienstjubiläum des Herrn Matzschreiber Brettle in Wüchig.)

Bretzen, 28. Juli. (Vierzigjähriges Dienstjubiläum des Herrn Matzschreiber Brettle in Wüchig.)

Bretzen, 28. Juli. (Vierzigjähriges Dienstjubiläum des Herrn Matzschreiber Brettle in Wüchig.)

Bretzen, 28. Juli. (Vierzigjähriges Dienstjubiläum des Herrn Matzschreiber Brettle in Wüchig.)

Bretzen, 28. Juli. (Vierzigjähriges Dienstjubiläum des Herrn Matzschreiber Brettle in Wüchig.)

Bretzen, 28. Juli. (Vierzigjähriges Dienstjubiläum des Herrn Matzschreiber Brettle in Wüchig.)

Bretzen, 28. Juli. (Vierzigjähriges Dienstjubiläum des Herrn Matzschreiber Brettle in Wüchig.)

Bretzen, 28. Juli. (Vierzigjähriges Dienstjubiläum des Herrn Matzschreiber Brettle in Wüchig.)

Bretzen, 28. Juli. (Vierzigjähriges Dienstjubiläum des Herrn Matzschreiber Brettle in Wüchig.)

Advertisement for 'Kafelsenf' and other products, including 'Reise ck', 'Schwank', 'Witwe sucht', 'Rien', 'Sie?', and 'SA'.

Die Rosenkönigin.

Die Rosenkönigin. Von Roman einer Dollarprinzessin von Felix Nabor. Rose-Mary zitterte vor Zorn und Scham, als sie aus ihrem Versteck trat.

Drittes Kapitel.

Drittes Kapitel. Das Testament. Das Rosenfest endete wie eine verlorene Schlacht. Das Gerücht von Marshalls Bankrott wirkte wie der Einschlag einer Bombe.

Der Alte sperrte die Augen wie ein Uhu.

Der Alte sperrte die Augen wie ein Uhu. „So unds, die Juma behauptet aber doch...“

Der alte Kupferföhrer stieg kichernd die Treppe hinauf.

Der alte Kupferföhrer stieg kichernd die Treppe hinauf, während Marshall in seine Gemächer ging.

voller Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse bei... die Vereinstagungen den Gemeinden empfindlich...

born. Halb 10 Uhr. Handwerkskammer-Schubhaus Eier... Die Ziele der gegenwärtigen Handwerker-Bewegung...

Aus dem Ausland.

London, 29. Juli. (Eisenbahn-Zusammenstoß in Edinburgh) In Edinburgh sind gestern zwei Personenzüge zusammengestoßen...

Gerichtssaal.

Freiburg, 29. Juli. (Hundertpfund legt Revision gegen das Todesurteil ein) Der vom hiesigen Schwurgericht am 18. Juli wegen Mordes zum Tode verurteilte Holzschneider Hundertpfund hat...

Aus andern deutschen Staaten.

Glauchau, 29. Juli. (Neue Opfer Saarmanns?) Seit 1 1/2 Jahren wird ein Glauchauer Bürger demüht, dessen Spuren in die Nähe von Gornow führen...

Erberg, 28. Juli.

(Von der Saison.) Mit dem Julibeginn hat im mittleren Schwarzwald, speziell in Erberg selbst, der Fremdenverkehr, sowohl in der Form des Tagelohnes...

Rußbach, 29. Juli.

(Einbruch in die Friedhofkapelle) In der Nacht auf Donnerstag wurde in die Friedhofkapelle eingebrochen. Als der Totengräber am Donnerstag nachmittag sein Arbeitszeug holen wollte, fand er die Kapelle nicht offen, der Opferstein war zerstört...

Schönwald, 29. Juli.

(Wasserkraftsammelung.) Nachdem bereits vor einigen Jahren unter Benützung des Schwammes bei Schönwald ein kleiner Staubeich errichtet ist, durch den das in der Nacht sich ansammelnde Wasser gespeichert wird, um tagsüber in erhöhter Menge zur Verfügung gestellt zu werden...

Billingen, 29. Juli.

(Der Badische Schuhmachermeister-Verein) rüft zu seiner diesjährigen Tagung, die mit einer großen Fachausstellung verbunden ist. Die Verhandlungen finden in den Tagen vom 2.-4. August in den Räumlichkeiten der Hofhalle in Billingen statt...

Vom Vätererbe aus Deutschlands größter Zeit.

Von Friedrich Muckermann S. J.

Wenn heute in den Tagen deutscher Not sich die Klüge sich so vieler ausgezeichneten Gelehrten, Dichter und Künstler erneut auf unsere Väterzeit richten, wenn sich durch allen das und alles Vorurteil hindurch dennoch in der Gesamtheit der Kultur eine merkwürdige Wandlung der Anschauungen über Rom zeigt, so ist es natürlich und recht, daß der katholische Volksteil bei uns besonders eindringlich sich auf sein Vätererbe, die innere Verbundenheit von Katholizismus und Deutschlandum bezieht...

Deute nur über ein wichtiges Stück aus diesem Vätererbe, nämlich das Erkenntnis von Rom als der Grundlage der inneren und äußeren Politik gegenüber der Revolution. Daß das Recht die Grundlage staatlichen Lebens ist, haben nicht nur die Meister der Staatskunst, die alten Römer, gewußt, sondern es ist das eine Überzeugung, die einfach naturhaft und darum bei allen Völkern, wilden und zivilisierten, irgendwie sichtbar ist. Überall finden wir geschriebenes oder mündlich überliefertes Stammesrecht, überall werden Verträge und Bündnisse als etwas Heiliges Bindendes, ja als etwas Heiligem betrachtet...

Handel und Volkswirtschaft.

Landwirtschaftsorgen und Ernteaussichten.

W. W. Die überaus schwierige Lage, in der sich die deutsche Landwirtschaft gerade jetzt unmittelbar vor der neuen Ernte befindet, spiegelt sich in einer kürzlich stattgefundenen Aussprache zwischen dem Reichsernährungsminister und den Vertretern der Landwirtschafts- und Ernährungsminister der Länder im Reichsernährungsministerium wider. Ausserdem nahm Reichsernährungsminister Graf Kanitz Gelegenheit, auf die ihm vorgelegte dringliche Frage: „Wie kann der deutsche Landwirt durchholte werden?“ in längeren bemerkenswerten Ausführungen einzugehen. Graf Kanitz wies mit Recht auf die der deutschen Volksernährung drohende Gefahr hin, dass unter dem Zwang einer akuten Notlage unser Nährstand immer mehr zum extensiven Betriebe übergeht. Vier Möglichkeiten seien gegeben, der um sich greifenden Extensivierung von Regierungsseite einen Riegel vorzuschieben: 1. durch Kredithilfe, 2. durch Steuererleichterung, 3. durch Ausfuhr und 4. durch Zölle. Die ersten drei Mittel sind mit Rücksicht auf die schlechte Finanzlage des Reiches und die geringe Aussicht auf Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte kaum anwendbar. Nach Ansicht des Landwirtschaftsministers bleiben mithin nur die Zölle, von deren richtiger Ausgestaltung und Handhabung natürlich auch der erhoffte Erfolg abhängt. Die sich dem Konsumenten aufdringende Frage, welche Wirkung die Agrarzölle auf die allgemeine Lebenshaltung haben würden, glaubt Graf Kanitz dahin beantworten zu können, dass eine föhrlbare Verteuerung überhaupt nicht zu befürchten sei, wenn es gelingt, gleichzeitig die Zwischenstellen zwischen Agrarproduzent und Verbraucher auf allen Gebieten zu einer entsprechenden Preiskorrektur zu bewegen. Die Hoffnung auf diese Lösung dürfte allerdings vom konsumierenden Publikum nicht so ohne weiteres geteilt werden. Erfahrungen auf anderen Wirtschaftsgebieten lassen einen derartigen Optimismus in der Masse des Volkes jedenfalls nur schwerlich aufkommen. Im Verlaufe der Beratungen der Ernährungsminister der Länder wurde neben nachdrücklicher Forderung nach einer Kredithilfe wiederum der Abbau der Landwirtschaft hart bedrückenden Steuerbelastungen in den Vordergrund der Diskussion gerückt. Aber gerade dieser Steueranlass scheint nach den vor einigen Tagen vom Reichsfinanzminister abgegebenen kategorischen Erklärungen keine Aussicht auf Berücksichtigung zu haben. Erklärte Dr. Luther doch deutlich, dass den Anträgen auf generelle Steuererleichterung irgendwelcher wirtschaftlicher und auch landwirtschaftlicher Organisationen keinesfalls stattgegeben werden könne, da die Reichsfinanzen im Herbst nach Fortfall jeglicher besonderen Einnahme allein durch die laufenden Steuereinnahmen gedeckt werden müssten.

So gehen wir der neuen Ernte entgegen. Der übermächtig lange Winter macht sich sowohl in Nord- wie in Süddeutschland föhrlbar. In Württemberg und in besonderem Masse in Ostpreussen, wo von 470 000 Hektar Wintergetreide nicht weniger als 245 000 ha umgepflügt werden mussten, sind die Auswinterungsschäden sehr erheblich gewesen. Der Verlust in Schlesien allein wird auf 11 094 600 Mk. geschätzt. Zur Deckung der Auswinterungsschäden stellte die Regierung den kaum zureichenden Kredit in Höhe von 22 Millionen Mark zur Verfügung. Die günstige Witterungslage der letzten Monate hat inzwischen in ziemlichem Umfang die Schäden der langen Kälteperiode wieder ausgeglichen und durch Qualität die Quantität ersetzt. So weit heute schon zu beurteilen ist, haben wir eine leidliche Mittelerte zu erwarten, die, jedenfalls, was die Qualität anbetrifft, weit über der des letzten Sommers stehen wird.

Die Konkurse im Juni 1924.

SK. Die Zahl der eröffneten Konkurse — ausschliesslich der aus Mangel an Masse abgelehnten Konkursanträge — hat sich auch im Monat Juni weiter erheblich erhöht. Besonders hervorzuheben ist die Steigerung der Konkurse von offenen Handelsgesellschaften die sich gegenüber dem Monat Mai (17) verdreifacht haben. Im übrigen waren, wie auch in den vergangenen Monaten, an der Erhöhung besonders beteiligt natürliche Personen und Einzelnen mit 300 Konkursen (Mai: 210) und die G. m. b. H., bei denen 102 Verfahren gegen 64 im Vormonat eingeleitet wurden. Im Vergleich mit den letzten Monaten und dem Juni 1923 wurden im einzelnen eröffnet:

Table with columns: Arten der Konkurse, 1923, Juni, März, April, Mai, Juni.

Börsenbericht.

Berlin, 29. Juli. Die Berliner Börse eröffnete heute bei ruhigem Geschäft in etwas unsicherer Haltung. Die Kurse der meisten Gebiete erwiesen sich als widerstandsfähig. Der gestrige Beschluss der Londoner Konferenz über die Hinzuziehung deutscher Vertreter an einem noch nicht festgesetzten Zeitpunkt bereitete der Börse eine gewisse Enttäuschung, da man mit einer sofortigen Einladung gerechnet hatte. Ausserdem wirkte die Nachricht über den Abbruch der Miumverhandlungen gerade mit Rücksicht auf die Entscheidung in London verstimmend. Schliesslich hat die gestrige Vernehmung von Sachverständigen im Aufwertungsausschuss des Reichstages viele Illusionen der Börse, namentlich am Anleihepark, zerstört. Man ist gerade in Börsenkreisen erstarrt darüber, dass die Sachverständigen sich ausnahmslos gegen eine stärkere Aufwertung ausgesprochen haben. Man hatte erwartet, dass wenigstens eine Teilauflösung der Kriegs- und Vorkriegsanleihen eintreten würde. Dementsprechend waren auch heute inländische Anleihen etwas stärker angeboten. Kriegaanleihen wurden bei Beginn der Börse mit 92 1/2% gehandelt. 3 1/2% Preuss. Konsols gingen mit 640-650 um. Auf den Aktienmärkten war das Geschäft ziemlich still. Stärkeres Interesse besteht nur noch für Kalwerte im Hinblick auf die erheblichen Darlehen, die der Kalindustrie durch die Golddiskontbank zur Verfügung gestellt wurden. In Börsenkreisen ist man trotz der heute eingetretenen Verringerung der Umsätze der Meinung, dass in absehbarer Zeit das Kursniveau sich doch etwas heben wird. Die Grundstimmung kann also nach wie vor als fest bezeichnet werden. Am Geldmarkt ist die Lage unverändert. Im Devisenverkehr verfolgt man das stärkere Angebot in Danziger Gulden mit besonderem Interesse, da angesichts der stärkeren Nachfrage nach Devisen London auf dem Internationalen Valutenmarkt Versuche gemacht worden sind, unter Ausnutzung der in fester Relation zum Pfund stehenden Danziger Währung sich Auszahlung London zu verschaffen. Die Bank von Danzig hat Massnahmen getroffen, diese Machenschaften zu unterbinden. Im Verlauf der Börse gestaltete sich die Tendenz fester. Montanwerte erfreuten sich besonderem Interesse. Chemische Aktien — 1 Prozent höher, Elektrowerte notierten auf der Höhe der gestrigen Schlusskurse. Schiffahrtswerte

etwas befestigt, Banken nur geringfügig höher. Auslandsanleihen verhältnismässig ruhig. Inlandsrenten eher angeboten.

Berlin.

Die Kurse verstehen sich für 1 Billion Prozent.

Table of stock exchange rates for Berlin, listing various stocks and their prices.

Berlin, 29. Juli.

Die heutigen Devisennotierungen stellen sich wie folgt:

Table of exchange rates for various cities like Amsterdam, London, New York, etc.

Umstellungskosten bei der Durchführung der Goldbilanzverordnung.

Die Verordnung über die Goldmarkbilanz zwingt die Handelsgesellschaften zur Umstellung ihrer Stammbücher. Die Umstellung kann in allen Fällen nur durch Aenderung des Gesellschaftsvertrages und Eintragung in das Handelsregister vorgenommen werden. Hierbei zeigt es sich, wie die Handelskammer Karlsruhe mitteilt, dass die Notariats- und Gerichtskosten für die Beurkundung von Beschlüssen der Generalversammlung und die Eintragung solcher Beschlüsse in das Handelsregister ausserordentlich hoch sind, weil der Kostenrechnung als Wert der Betrag des in Goldmark umgestellten Eigenkapitals zugrunde gelegt wird. Bei der schwierigen Lage, in der sich augenblicklich Industrie und Handel befinden, fallen diese Gebühren ausserordentlich schwer ins Gewicht. Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat deswegen in einer gemeinsamen Eingabe an das Reichsjustizministerium mit dem Reichsverband der Deutschen Industrie und dem Spitzenverband des Deutschen Einzelhandels und des Bankgewerbes für die Regelung der Umstellungskosten ermässigte Sätze beantragt. Es besteht also Aussicht, dass Gesellschaften, welche die Umstellungsbeschlüsse hinausschieben, Kosten ersparen können.

Stahl- oder Bronzeblock?

Diese Streitfrage wirlerte vor einiger Zeit in Breslau viel Staub auf. Die dortige Elisabeth-Kirche hatte eine Gusstahlglocke erhalten, die nach dem Urteil vieler Misstranten sein soll. Der Kampf wurde auch in den Tageszeitungen geführt, obwohl ja diese in solchen Angelegenheiten, die den Fachzeitungen zur Behandlung überlassen werden sollten, nicht zuständig sind. Die Streitfrage Stahl- oder Bronzeblock? wird wohl solange schweben, als bis die eine oder andere Glocken sich siegreich durchgesetzt haben wird.

Kredite für die Kallindustrie.

Hannover, 29. Juli. Wie der Hannoverische Kurier von untertätiger Seite erfährt, hat die Golddiskontbank der Kallindustrie einen Kredit von einer halben Million Dollars eingeräumt. Ausserdem schweben gegenwärtig noch aussichtsreiche Verhandlungen über namhafte Auslandskredite.

meide, sondern eine auf festem Rechtsfundament errichtete. Man kann die Jurisdiktion bei uns nicht annehmen, ohne zugleich die Religion selber zu berühren. Und so hat diese herrliche Kirche den Rechtsgelehrten geschickt in ihrem Allerhöchsten, und all das Wort ihrer Richter ist auch für diesen Gedanken geflossen, der von ihren Geheimnissen, ihren Sakramenten, ihrem ganzen Religionsbegriff untrennbar ist. Es ist also der Katholik von Natur und von Religion aus mit diesem Gedanken vertraut und darum unwillig gequält von einer Form, die jede Revolution, jeden blinden Glauben an Willkür und rechtloses Gewalt als kollonnen wesenstremd ablehnt.

Kann es folgerichtig einen Volkskult bei uns geben, der mehr zur Erhaltung von Staat und Reich beitragen könnte als wir? Ist die Verankerung des Deutschtums im Katholizismus nicht die sicherste Gewähr für unser staatliches Gelingen? Und ging nicht auch immer noch jene Revolution gegen die Ordnung zugleich gegen die Mätre? Es muß so sein, denn das Fundament der Mätre ist zugleich das stärkste Fundament der staatlichen Ordnung.

Vor einigen Jahren fuhr ich mit einer katholischen Delegation von Einseln nach Rom. Da fragte ich eines Tages den Dr. Marchesini, einen der Mächtigsten aus dem Klerus: Was habt ihr eigentlich gegen die katholische Kirche, wo ihr doch nur wirtschaftliche Ziele verfolgt? Er sah mich schwarz an und gab zurück, was sich in der kurzen Formel bringen läßt: Wir sind Revolution aus der ganzen Linie, darum wird wir wider Rom. Gute deutsche Regierungswissenschaft hat immer erlaut, wie hätte uns nicht als Katholik behandelt, sondern als die Staatsbürger, die ihrem inneren Wesen entsprechend der Ordnung ergeben sind, nicht aus Liebe zu einer noch so vergötterten Person, sondern aus jener Freiheit heraus, der dem Gelehe Herrschenvermögen gemäß sich beugt vor dem Gelehe dessen, der das Recht zur Grundlage der Staaten gemacht.

Advertisement for 'Der Garant' (The Guarantor) with a large stylized 'G' logo and text describing its benefits for business and industry.